

ZUGER SICHERHEITSMONITOR 2026

*Sicherheitsgefühl, Erfahrungen und Lebensqualität im öffentlichen Raum
des Kantons Zug*

Version 1.0 – Erste Auswertung

Publikation: 8. September 2026

Herausgeber

*Ivan Abramović, Baar
info@ivanabramovic.ch
ivanabramovic.ch/sicherheitsmonitor*

Impressum und Transparenz

Titel	Zuger Sicherheitsmonitor 2026
Version	1.0 – Erste Auswertung
Stand	8. September 2026
Herausgeber / Initiant	Ivan Abramović, Baar
Kontakt	info@ivanabramovic.ch
Befragungsform	Offene Onlinebefragung im Kanton Zug
Hinweis	Nicht repräsentativ; keine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung.

Transparenzhinweis

Der Zuger Sicherheitsmonitor 2026 ist eine private Initiative von Ivan Abramović. Zum Zeitpunkt der Publikation kandidiert der Herausgeber bei den Kantonsratswahlen 2026 für Die Mitte Baar. Die politische Einordnung des Initianten wird offengelegt; die Ergebnisdarstellung soll davon getrennt und deskriptiv erfolgen.

Der Zuger Sicherheitsmonitor 2026 wurde aus privaten Mitteln des Herausgebers finanziert. Dies umfasst auch die Kosten für die eingesetzte Onlinewerbung. Es bestanden keine finanziellen Beiträge oder Aufträge von politischen Parteien, Behörden, der Zuger Polizei oder der kantonalen Sicherheitsdirektion.

Bei der Erstellung dieses Berichts wurde ChatGPT (OpenAI) unterstützend für sprachliche Überarbeitung, Strukturierung und die Aufbereitung einzelner Inhalte sowie für die redaktionelle Prüfung und thematische Auswertung von Freitextantworten eingesetzt. Die Freitextantworten wurden auf identifizierende Angaben geprüft und, soweit erforderlich, anonymisiert oder redigiert. Direkt identifizierende Personendaten der Befragungsteilnehmenden, insbesondere vollständige Namen oder Kontaktdaten, wurden nicht eingegeben. Die inhaltliche Prüfung der Ergebnisse, die endgültige Auswertung und Interpretation sowie die Verantwortung für sämtliche veröffentlichten Aussagen und Zahlen liegen beim Herausgeber.

Versionshinweis

Die vorliegende Version 1.0 enthält eine erste umfassende Auswertung der Befragung. Weiterführende Auswertungen, vertiefte Kreuztabellen oder methodische Ergänzungen können später separat veröffentlicht werden. Spätere Fassungen werden mit einer neuen Versionsnummer und einem neuen Publikationsdatum gekennzeichnet.

Vorwort



Sicherheit ist für mich eine grundlegende Voraussetzung für Lebensqualität. Den Anstoss für den Zuger Sicherheitsmonitor gab mir eine persönliche Erfahrung bei einem nächtlichen Spaziergang durch die Stadt Zug. Obwohl nichts vorfiel, empfand ich die Situation als unangenehm – und fragte mich, ob andere Menschen im Kanton Zug ähnliche Wahrnehmungen teilen.

Offizielle Statistiken erfassen Straftaten, Polizeieinsätze und andere messbare Ereignisse, das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung jedoch nur begrenzt. Gleichzeitig hatte ich den Eindruck, dass über bestimmte Aspekte von Sicherheit in einzelnen Lebensbereichen nur ungern offen gesprochen wird.

Mir war es deshalb ein Anliegen, den Menschen im Kanton Zug die Möglichkeit zu geben, selbst zu Wort zu kommen: Wie sicher fühlen sie sich? Wo erleben sie Unsicherheit? Welche Entwicklungen beschäftigen sie – und was erwarten sie von Politik und Behörden?

Der Zuger Sicherheitsmonitor 2026 soll keine Kriminalstatistik ersetzen und erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Er macht die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Anliegen der Teilnehmenden sichtbar – auch dort, wo Antworten unbequem, widersprüchlich oder kritisch gegenüber der Befragung selbst ausfallen.

Ich danke allen, die sich die Zeit genommen haben, an der ersten Durchführung teilzunehmen. Ich hoffe, dass die Ergebnisse zu einer offenen, sachlichen und lösungsorientierten Diskussion über Sicherheit und Lebensqualität im Kanton Zug beitragen.

Ivan Abramović
Initiant des Zuger Sicherheitsmonitors

Über den Initianten

Ivan Abramović ist Chemiker und Doktorand an der Universität Zürich. Er ist gebürtiger Baarer und engagiert sich seit mehreren Jahren politisch und gesellschaftlich im Kanton Zug. Daneben ist er publizistisch tätig. Er ist Vorstandsmitglied der Mitte Baar und kandidiert bei den Kantonsratswahlen 2026 für den Kantonsrat.

Als Hauptmann und Kompaniekommandant der Schweizer Armee sowie stellvertretender Chef des Gemeindeführungsstabs Baar befasst er sich auch praktisch mit Fragen der Sicherheit und Krisenvorsorge. Den Zuger Sicherheitsmonitor 2026 hat er als unabhängige zivilgesellschaftliche Initiative ins Leben gerufen, um Wahrnehmungen, Erfahrungen und Anliegen der Bevölkerung zu Sicherheit und Lebensqualität sichtbar zu machen und in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Inhaltsverzeichnis

Impressum und Transparenz	2
Transparenzhinweis	2
Versionshinweis	2
Vorwort	3
Über den Initianten	4
Inhaltsverzeichnis	5
Das Wichtigste in Kürze	8
Kernaussagen	8
1. Der Zuger Sicherheitsmonitor 2026	9
1.1 Ausgangslage	9
1.2 Zielsetzung	9
1.3 Aufbau des Fragebogens	10
2. Methodik	12
2.1 Durchführung und Befragungszeitraum	12
2.2 Rekrutierung und Teilnahme	12
2.3 Stichprobe und gültige Antworten	12
2.4 Fragetypen, Pflichtfelder und Filterlogik	13
2.5 Auswertung der geschlossenen Fragen	13
2.6 Bezug zu amtlichen Statistiken	13
2.7 Auswertung der Freitextantworten	14
2.8 Transparenz und Veröffentlichung der Datengrundlagen	14
2.9 Aussagekraft und Grenzen	15
2.10 Hinweis zu Version 1.0	15
3. A. Zur Person	16
3.1 Wohngemeinde	16
3.2 Alter	17
3.3 Geschlecht	18
3.4 Schweizer Bürgerrecht	19
3.5 Wohndauer im Kanton Zug	20
3.6 Kinder und Jugendliche im Haushalt	21
3.7 Parteinähe	22
3.8 Einordnung der demografischen Angaben	22
4. B. Sicherheitsgefühl	23
4.1 Sicherheit tagsüber im öffentlichen Raum	23
4.2 Sicherheit nachts im öffentlichen Raum	24
4.3 Entwicklung des Sicherheitsgefühls	25

4.4. Unsicherheitserlebnis in den letzten zwölf Monaten	26
4.5 Einordnung des Sicherheitsgefühls	29
5. C. Opfererfahrungen	30
5.1 Eigene Opfererfahrung	30
5.2 Opfererfahrungen im persönlichen Umfeld	34
5.3 Einordnung der Opfererfahrungen	35
6. D. Öffentlicher Raum.....	36
6.1 Bewusst gemiedene Orte	36
6.2 Entwicklung der Lebensqualität im öffentlichen Raum.....	39
6.3 Beeinträchtigungen der Lebensqualität im öffentlichen Raum.....	40
6.4 Einordnung des öffentlichen Raums	41
7. E. Sicherheit und Kriminalität.....	43
7.1 Grösste Sorgen hinsichtlich aktueller Entwicklungen.....	43
7.2 Beurteilung der öffentlichen Sicherheit im Kanton Zug	45
7.3 Einschätzung der Herausforderungen im Bereich Sicherheit	46
7.4 Einordnung von Sicherheit und Kriminalität	46
8. F. Zuwanderung, Asyl und gesellschaftlicher Zusammenhalt	47
8.1 Beurteilung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung	47
8.2 Beurteilung der Integration von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen	48
8.3 Einfluss des Asylwesens auf das Sicherheitsgefühl	49
8.4 Politischer Handlungsbedarf im Asylbereich	50
8.5 Beurteilung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	53
8.6 Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts	54
8.7 Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen	55
8.8 Einordnung von Zuwanderung, Asyl und gesellschaftlichem Zusammenhalt.....	55
9. G. Vertrauen.....	57
9.1 Vertrauen in die Zuger Polizei	57
9.2 Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit	58
9.3 Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit	59
9.4 Einordnung des Vertrauens.....	59
10. H. Politische Prioritäten.....	61
10.1 Politische Prioritäten für den Kanton Zug.....	61
10.2 Prioritär zu prüfende Massnahme	62
10.3 Einordnung der politischen Prioritäten	62
11. I. Zukunft	64
11.1 Erwartete Entwicklung der Sicherheit.....	64
11.2 Gesamtausblick auf die Entwicklung des Kantons Zug	65
11.3 Einordnung der Zukunftserwartungen	65

12. J. Schlussfrage.....	67
12.1 Abschliessende Mitteilungen.....	67
13. Fazit	69
14. Ausblick.....	70
Ergänzende Unterlagen	71
Ergänzende Unterlage A – Stellungnahmen der Zuger Parteien.....	71
Ergänzende Unterlage B – Vollständige redigierte Freitextantworten	72

Das Wichtigste in Kürze

Diese Seite fasst die zentralen Befunde der Version 1.0 in wenigen Kennzahlen und Aussagen zusammen. Grundlage sind 409 vollständig ausgefüllte Fragebogen von Personen mit Wohnsitz im Kanton Zug.

SICHERHEIT HEUTE 87,5 % beurteilen die öffentliche Sicherheit im Kanton Zug positiv.	SICHERHEIT MORGEN 40,1 % erwarten in den nächsten fünf Jahren eine Verschlechterung.
ASYL & SICHERHEITSGEFÜHL 56,2 % schreiben dem Asylwesen einen grossen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl zu.	VERTRAUEN IM ASYLBEREICH 53,8 % haben geringes Vertrauen in die Zuger Behörden im Asylbereich.
GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT 47,7 % nehmen eine Verschlechterung in den letzten fünf Jahren wahr.	UNSICHERHEIT & GESCHLECHT 49,7 % / 28,3 % der Frauen / der Männer meiden bestimmte Orte im Kanton Zug aufgrund von Unsicherheit.

Kernaussagen

Sicherheit aktuell positiv, deutlich kritischerer Blick auf die Zukunft: Die aktuelle Sicherheitslage wird deutlich positiver beurteilt als die erwartete Entwicklung in den kommenden Jahren.

Unsicherheit ist ungleich verteilt: Besonders beim bewussten Meiden von Orten im Kanton Zug zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Teilnehmenden.

Asylbereich als Spannungsfeld: Ein hoher wahrgenommener Handlungsbedarf trifft auf geringes Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Bewältigung der entsprechenden Herausforderungen.

Die politischen Prioritäten reichen über Sicherheitsfragen hinaus: Neben Wohnraum werden auch Umwelt, Gesundheitswesen, Verkehr und Bildung als Bereiche genannt, denen der Kanton besondere Aufmerksamkeit widmen sollte.

1. Der Zuger Sicherheitsmonitor 2026

Der Zuger Sicherheitsmonitor ist eine unabhängige Bevölkerungsbefragung zu Sicherheit und Lebensqualität im öffentlichen Raum im Kanton Zug. Er wurde 2026 erstmals durchgeführt und soll künftig jährlich wiederholt werden. Im Zentrum stehen die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen der teilnehmenden Bevölkerung.

1.1 Ausgangslage

Amtliche Statistiken liefern wichtige Informationen zu Straftaten, Polizeieinsätzen und anderen messbaren Ereignissen. Sie bilden jedoch nur begrenzt ab, wie sicher sich Menschen im Alltag tatsächlich fühlen, welche Orte oder Situationen sie als unangenehm wahrnehmen und welche Entwicklungen sie persönlich beschäftigen.

Der Zuger Sicherheitsmonitor wurde deshalb initiiert, um diese subjektive Dimension der Sicherheit stärker sichtbar zu machen. Neben dem allgemeinen Sicherheitsgefühl sollen auch persönliche Erfahrungen, Wahrnehmungen im öffentlichen Raum sowie Einschätzungen zu gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen erfasst werden.

1.2 Zielsetzung

Ziel des Zuger Sicherheitsmonitors ist es, Wahrnehmungen, Erfahrungen und Anliegen der Bevölkerung im Kanton Zug zu Sicherheit und Lebensqualität systematisch zu erfassen und öffentlich zugänglich zu machen. Die Befragung wurde anonym durchgeführt; Namen oder direkt identifizierende Personendaten wurden nicht erhoben. Neben geschlossenen Fragen wurden auch Freitextfelder eingesetzt, in denen persönliche Erfahrungen und weiterführende Rückmeldungen eingebracht werden konnten.

Ein besonderes Anliegen des Sicherheitsmonitors ist es, die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Teilnehmenden möglichst unverfälscht sichtbar zu machen. Deshalb werden neben zusammenfassenden Auswertungen auch ausgewählte Aussagen im Originalwortlaut wiedergegeben und die Freitextantworten in redigierter Form dokumentiert.

Der Sicherheitsmonitor soll amtliche Kriminalitätsstatistiken und wissenschaftliche Untersuchungen ergänzen, nicht ersetzen. Als offene Befragung erhebt der Sicherheitsmonitor keinen Anspruch auf Repräsentativität und erlaubt keine Hochrechnung der Ergebnisse auf die gesamte Bevölkerung des Kantons Zug. Die Resultate geben die Einschätzungen der an der Befragung teilnehmenden Personen wieder.

Im Sinne der Transparenz werden der vollständige Fragebogen, die Methodik, ergänzende Ergebnistabellen sowie die für die Veröffentlichung geprüften und gegebenenfalls redigierten Freitextantworten des Zuger Sicherheitsmonitors 2026 auf ivanabramovic.ch/sicherheitsmonitor öffentlich zugänglich gemacht. Damit sollen die Ergebnisse nachvollziehbar gemacht und weiterführende Einordnungen auf Grundlage der veröffentlichten Unterlagen ermöglicht werden.

1.3 Aufbau des Fragebogens

Der Fragebogen umfasste insgesamt 43 Fragen und war in zehn Themenbereiche gegliedert. Je nach Antwort wurden zusätzliche Folgefragen eingeblendet, sodass nicht alle Teilnehmenden dieselben Fragen angezeigt bekamen. Zum Einsatz kamen Einfachauswahlen, Ja-/Nein-Fragen, Mehrfachauswahlen sowie Freitextfelder. Bei Mehrfachauswahlen konnten jeweils höchstens drei Antwortmöglichkeiten gewählt werden.

Die Befragung gliederte sich in folgende Bereiche:

A. Zur Person (7 Fragen)

- A.1 In welcher Gemeinde wohnen Sie?
- A.2 Alter
- A.3 Geschlecht
- A.4 Besitzen Sie das Schweizer Bürgerrecht?
- A.5 Wie lange wohnen Sie bereits im Kanton Zug?
- A.6 Leben Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren in Ihrem Haushalt?
- A.7 Welche Partei steht Ihnen politisch am nächsten?

B. Sicherheitsgefühl (5 Fragen)

- B.1 Wie sicher fühlen Sie sich tagsüber im öffentlichen Raum?
- B.2 Wie sicher fühlen Sie sich nachts im öffentlichen Raum?
- B.3 Wie hat sich Ihr Sicherheitsgefühl in den letzten fünf Jahren entwickelt?
- B.4 Haben Sie in den letzten zwölf Monaten eine Situation erlebt, in der Sie sich im öffentlichen Raum unsicher gefühlt haben?
 - B.4.1 Falls Ja: Möchten Sie die Situation kurz beschreiben?

C. Opfererfahrungen (5 Fragen)

- C.1 Sind Sie in den letzten 12 Monaten persönlich Opfer einer Straftat geworden?
 - C.1.1 Falls Ja: Um welche Art von Vorfall handelte es sich?
 - C.1.2 Falls Ja: Wurde der Vorfall der Polizei gemeldet?
 - C.1.3 Falls Ja: Möchten Sie den Vorfall näher beschreiben?
- C.2 Sind Angehörige oder Personen aus Ihrem persönlichen Umfeld in den letzten zwölf Monaten Opfer einer Straftat geworden?

D. Öffentlicher Raum (5 Fragen)

- D.1 Gibt es Orte im Kanton Zug, die Sie aufgrund von Unsicherheit bewusst meiden?
 - D.1.1 Falls Ja: Welche Orte?
- D.2 Wie hat sich die Lebensqualität im öffentlichen Raum Ihrer Gemeinde in den letzten fünf Jahren entwickelt?
- D.3 Welche Entwicklungen beeinträchtigen Ihrer Meinung nach die Lebensqualität im öffentlichen Raum?
 - D.3.1 Falls andere: Welche?

E. Sicherheit und Kriminalität (4 Fragen)

- E.1 Welche Entwicklungen bereiten Ihnen derzeit die grössten Sorgen?
 - E.1.1 Falls andere: Welche?

E.2 Wie beurteilen Sie die öffentliche Sicherheit im Kanton Zug insgesamt?

E.3 Wie gross schätzen Sie die Herausforderungen im Bereich Sicherheit im Kanton Zug derzeit ein?

F. Zuwanderung, Asyl und gesellschaftlicher Zusammenhalt (9 Fragen)

F.1 Wie beurteilen Sie die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton Zug?

F.2 Wie beurteilen Sie die Integration von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen im Kanton Zug?

F.3 Wie gross schätzen Sie den Einfluss des Asylwesens auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Kanton Zug ein?

F.4 Sehen Sie im Bereich Asyl politischen Handlungsbedarf im Kanton Zug?

F.4.1 Falls Sie im Bereich Asylwesen politischen Handlungsbedarf sehen: In welchen Bereichen?

F.4.1.1 Falls andere: welche?

F.5 Wie beurteilen Sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton Zug insgesamt?

F.6 Wie hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten fünf Jahren entwickelt?

F.7: Wie gut gelingt aus Ihrer Sicht das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Kanton Zug?

G. Vertrauen (3 Fragen)

G.1 Wie gross ist Ihr Vertrauen in die Zuger Polizei?

G.2 Wie gross ist Ihr Vertrauen in die Zuger Behörden, die Sicherheit im Kanton Zug wirksam zu gewährleisten?

G.3 Wie gross ist Ihr Vertrauen in die Zuger Behörden, Herausforderungen im Bereich Asyl wirksam zu bewältigen?

H. Politische Prioritäten (2 Fragen)

H.1 Welchen drei Bereichen sollte der Kanton Zug in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen?

H.2 Welche konkrete Massnahme sollte der Kanton Zug prioritär prüfen, um Sicherheit und Lebensqualität zu stärken?

I. Zukunft (2 Fragen)

I.1 Wie wird sich die Sicherheit im Kanton Zug Ihrer Meinung nach in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

I.2 Wie blicken Sie insgesamt auf die zukünftige Entwicklung des Kantons Zug?

J. Schlussfrage (1 Frage)

J.1 Möchten Sie uns noch etwas mitteilen?

2. Methodik

Die Methodik des Zuger Sicherheitsmonitors wird transparent dokumentiert, damit sowohl die Ergebnisse als auch ihre Aussagekraft und Grenzen nachvollziehbar bleiben. Die nachfolgenden Abschnitte beschreiben Durchführung, Rekrutierung, Datengrundlage und Auswertung der Befragung.

2.1 Durchführung und Befragungszeitraum

Die Befragung wurde vom 1. Juli bis 31. August 2026 als Onlinebefragung über die Plattform LimeSurvey durchgeführt. Die Teilnahme war freiwillig und anonym. Es wurden keine Namen, E-Mail-Adressen oder anderen direkt identifizierenden Personendaten erhoben. IP-Adressen wurden nicht erfasst.

Zur Begrenzung von Mehrfachteilnahmen wurde eine Cookie-basierte Sperre eingesetzt. Da eine solche technische Massnahme Mehrfachteilnahmen nicht vollständig verhindern kann, können vereinzelte Mehrfachteilnahmen nicht ausgeschlossen werden.

Die angegebene Bearbeitungsdauer betrug rund zehn Minuten.

2.2 Rekrutierung und Teilnahme

Die Teilnahme an der Befragung stand allen interessierten Personen offen. Auf den Zuger Sicherheitsmonitor wurde über verschiedene Kanäle aufmerksam gemacht. Dazu gehörten bezahlte Werbung über Meta auf Instagram und Facebook, Beiträge auf den persönlichen Social-Media-Profilen des Initianten sowie Hinweise in lokalen Facebook-Gruppen. Zusätzlich wurde die Befragung medial aufgegriffen, unter anderem in einem Newsticker der Zuger Zeitung sowie in einem redaktionellen Beitrag der Baarer Zytig.

Eine zufällige oder nach Bevölkerungsmerkmalen quotierte Auswahl der Teilnehmenden fand nicht statt. Es handelt sich daher um eine offene Befragung mit Selbstselektion. Personen mit einem besonderen Interesse am Thema Sicherheit oder mit ausgeprägten positiven oder negativen Erfahrungen könnten eher an der Befragung teilgenommen haben als andere Personen.

Die Teilnahme war freiwillig und konnte jederzeit abgebrochen werden.

2.3 Stichprobe und gültige Antworten

Im Erhebungszeitraum wurden insgesamt 581 Teilnahmen registriert. Davon wurden 427 Fragebogen vollständig ausgefüllt. Für die vorliegende Auswertung wurden die 409 vollständig ausgefüllten Fragebogen von Personen mit Wohnsitz in einer Gemeinde des Kantons Zug berücksichtigt.

Unvollständig ausgefüllte Fragebogen sowie vollständige Teilnahmen von Personen mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons Zug wurden nicht berücksichtigt.

Bei freiwilligen Fragen sowie bedingten Folgefragen kann die Anzahl gültiger Antworten von $n = 409$ abweichen. Die jeweilige Datengrundlage wird deshalb bei den entsprechenden Auswertungen ausgewiesen.

2.4 Fragetypen, Pflichtfelder und Filterlogik

Der Fragebogen enthielt Ja-/Nein-Fragen, Einfachauswahlen, Mehrfachauswahlen und Freitextfelder. Mit einem Stern gekennzeichnete Fragen waren Pflichtfragen; andere Fragen konnten übersprungen werden.

Bei Mehrfachauswahlen konnten jeweils höchstens drei Antwortmöglichkeiten gewählt werden.

Einzelne Fragen wurden abhängig von zuvor gegebenen Antworten ein- oder ausgeblendet. Bei solchen bedingten Folgefragen bezieht sich die Auswertung nur auf diejenigen Personen, denen die entsprechende Frage tatsächlich angezeigt wurde.

2.5 Auswertung der geschlossenen Fragen

Die geschlossenen Fragen wurden deskriptiv ausgewertet. Dargestellt werden insbesondere absolute Häufigkeiten und prozentuale Anteile, jeweils bezogen auf die gültigen Antworten der betreffenden Frage.

Bei einzelnen Fragestellungen wurden zusätzlich einfache Auswertungen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen vorgenommen. Diese dienen der Beschreibung möglicher Unterschiede innerhalb der Stichprobe und sind aufgrund der nicht repräsentativen Erhebung nicht als Aussagen über die Gesamtbevölkerung zu verstehen.

Bei Mehrfachauswahlen wird die Anzahl der einzelnen Nennungen ausgewiesen. Da eine Person mehrere Antwortmöglichkeiten wählen konnte, kann die Gesamtzahl der Nennungen das jeweilige n übersteigen.

Prozentwerte werden auf eine Dezimalstelle gerundet. Dadurch können sich geringfügige Rundungsdifferenzen ergeben.

Es wurden keine inferenzstatistischen Signifikanztests durchgeführt. Unterschiede zwischen Teilgruppen werden daher deskriptiv dargestellt.

Eine Gewichtung der Antworten nach Alter, Geschlecht, Wohnort oder anderen Merkmalen wurde nicht vorgenommen. Die ausgewiesenen Ergebnisse beziehen sich somit unmittelbar auf die Zusammensetzung der vorliegenden Stichprobe.

2.6 Bezug zu amtlichen Statistiken

Bei der Konzeption des Fragebogens wurden auch Themen berücksichtigt, zu denen amtliche Sicherheits- und Kriminalstatistiken Differenzierungen vornehmen. Dies betrifft insbesondere Fragen zu Zuwanderung, ausländischer Bevölkerung und Asyl. Die Kriminalstatistik der Zuger Polizei unterscheidet bei ausländischen beschuldigten Personen unter anderem nach Aufenthaltsstatus und weist dabei die Kategorien ständige Wohnbevölkerung, Asylbevölkerung und übrige Ausländerinnen und Ausländer gesondert aus.

Die Aufnahme entsprechender Themen in den Sicherheitsmonitor knüpft damit an eine bestehende amtliche Differenzierung an. Daraus wird jedoch kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Aufenthaltsstatus und individuellem Sicherheitsrisiko abgeleitet. Die Fragen des Sicherheitsmonitors erfassen in erster Linie Wahrnehmungen und Einschätzungen der Teilnehmenden und sind nicht unmittelbar mit den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik vergleichbar.

Quelle: Zuger Polizei, Kriminalstatistik 2025, veröffentlicht am 24. März 2026.

2.7 Auswertung der Freitextantworten

Die Freitextantworten wurden vor und im Rahmen der Auswertung auf identifizierende Angaben sowie auf weitere redaktionell relevante Inhalte geprüft und, soweit erforderlich, anonymisiert oder redigiert. Für diese redaktionelle Prüfung sowie für die thematische Strukturierung, Zusammenfassung und Auszählung wiederkehrender Inhalte wurde ChatGPT (OpenAI) unterstützend eingesetzt. Die Ergebnisse wurden anschliessend vom Herausgeber geprüft und für den Bericht aufbereitet. Eine einzelne Antwort konnte mehreren Themen zugeordnet werden, wenn sie mehrere unterschiedliche Inhalte enthielt.

Die Ergebnisse werden im Bericht zusammenfassend im Fliesstext dargestellt. Wo es für die Einordnung sinnvoll ist, wird angegeben, wie häufig ein bestimmtes Thema in den Antworten genannt wurde. Aufgrund möglicher Mehrfachzuordnungen können die einzelnen Nennungen nicht zu einer Gesamtzahl der antwortenden Personen addiert werden.

Die thematische Zuordnung orientierte sich möglichst eng am tatsächlichen Wortlaut der Teilnehmenden. Weitergehende Bedeutungen oder Motive wurden nicht nachträglich hineininterpretiert. Eine formale qualitative Inhaltsanalyse nach einem vorgängig festgelegten Kategoriensystem oder Codebuch wurde nicht durchgeführt.

Zur Veranschaulichung einzelner Befunde werden ausgewählte Originalzitate wiedergegeben. Die vollständigen Freitextantworten des für die vorliegende Auswertung berücksichtigten Datensatzes werden zusätzlich in redigierter Form als separate Excel-Datei veröffentlicht.

Redaktionelle Eingriffe erfolgten zum Schutz der Privatsphäre, bei beleidigenden oder entmenslichenden Passagen sowie in Einzelfällen bei konkreten, nicht überprüften Vorwürfen gegenüber identifizierbaren Personen, Organisationen oder Behörden. Namen öffentlich bekannter Personen wurden nicht allein deshalb redigiert, sofern sich die betreffende Aussage auf ihre öffentliche oder amtliche Funktion bezog. Soweit möglich, wurde der ursprüngliche Wortlaut beibehalten.

Redaktionelle Eingriffe werden in eckigen Klammern kenntlich gemacht und geben, soweit möglich, den Grund an, beispielsweise [identifizierende Angaben], [Beleidigung] oder [nicht überprüfter Vorwurf gegenüber der Zuger Polizei].

Die Freitextantworten geben persönliche Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen der jeweiligen Teilnehmenden wieder. Darin enthaltene Verallgemeinerungen, Zuschreibungen oder Tatsachenbehauptungen wurden nicht auf ihre Richtigkeit überprüft und werden durch ihre Wiedergabe nicht vom Herausgeber übernommen.

2.8 Transparenz und Veröffentlichung der Datengrundlagen

Im Sinne der Transparenz sind der vollständige Fragebogen, die Methodik, ergänzende Ergebnistabellen sowie die in den ergänzenden Unterlagen dokumentierten, für die Veröffentlichung geprüften und gegebenenfalls redigierten Freitextantworten des Zuger Sicherheitsmonitors 2026 öffentlich zugänglich.

Die Veröffentlichung der Freitextantworten erfolgt nach den in Kapitel 2.7 beschriebenen Grundsätzen. Identifizierende Angaben zu Befragungsteilnehmenden oder anderen Privatpersonen werden nicht veröffentlicht, soweit dadurch Rückschlüsse auf deren Identität möglich wären.

Ein vollständiger Datensatz mit den miteinander verknüpften Antworten einzelner Teilnehmender wird nicht veröffentlicht. Die zugänglich gemachten Unterlagen sollen die Vorgehensweise und die im Bericht dargestellten Ergebnisse möglichst weitgehend nachvollziehbar machen.

Die entsprechenden Unterlagen sind unter ivanabramovic.ch/sicherheitsmonitor verfügbar.

2.9 Aussagekraft und Grenzen

Die Ergebnisse beschreiben Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen der Personen, die an der Befragung teilgenommen haben. Sie erlauben insbesondere keine unmittelbaren Aussagen über die objektive Häufigkeit von Straftaten oder die tatsächliche Gefährlichkeit bestimmter Orte, Situationen oder Personengruppen. Subjektives Sicherheitsgefühl, objektive Kriminalitätsbelastung und statistisch nachweisbare Zusammenhänge sind voneinander zu unterscheiden.

Auch Unterschiede zwischen Teilgruppen innerhalb der Stichprobe sind vorsichtig zu interpretieren. Sie zeigen Unterschiede unter den Teilnehmenden, erlauben jedoch aufgrund der Erhebungsmethode keine verlässlichen Rückschlüsse auf entsprechende Unterschiede in der Gesamtbevölkerung.

Häufigkeiten und Zusammenfassungen aus Freitextantworten sind ebenfalls nicht als repräsentative Bevölkerungsanteile zu verstehen. Ausgewählte Einzelzitate dienen der Veranschaulichung und sind im Zusammenhang mit der gesamten Freitextauswertung zu lesen.

2.10 Hinweis zu Version 1.0

Die vorliegende Version 1.0 enthält die erste umfassende deskriptive Auswertung des Zuger Sicherheitsmonitors 2026. Weiterführende Analysen können später separat veröffentlicht werden, sofern die jeweiligen Datengrundlagen eine sinnvolle Auswertung zulassen.

3. A. Zur Person

Wer hat am Zuger Sicherheitsmonitor 2026 teilgenommen?

Dieses Kapitel beschreibt die soziodemografische Zusammensetzung der für die Auswertung berücksichtigten Stichprobe. Dargestellt werden die erhobenen Angaben zu Wohnort, Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit beziehungsweise weiteren persönlichen Merkmalen der Teilnehmenden. Die Angaben dienen der Einordnung der folgenden Ergebnisse und sind aufgrund der offenen, nicht repräsentativen Erhebung nicht als Abbild der Gesamtbevölkerung des Kantons Zug zu verstehen.

3.1 Wohngemeinde

Frage A.1: In welcher Gemeinde wohnen Sie? *

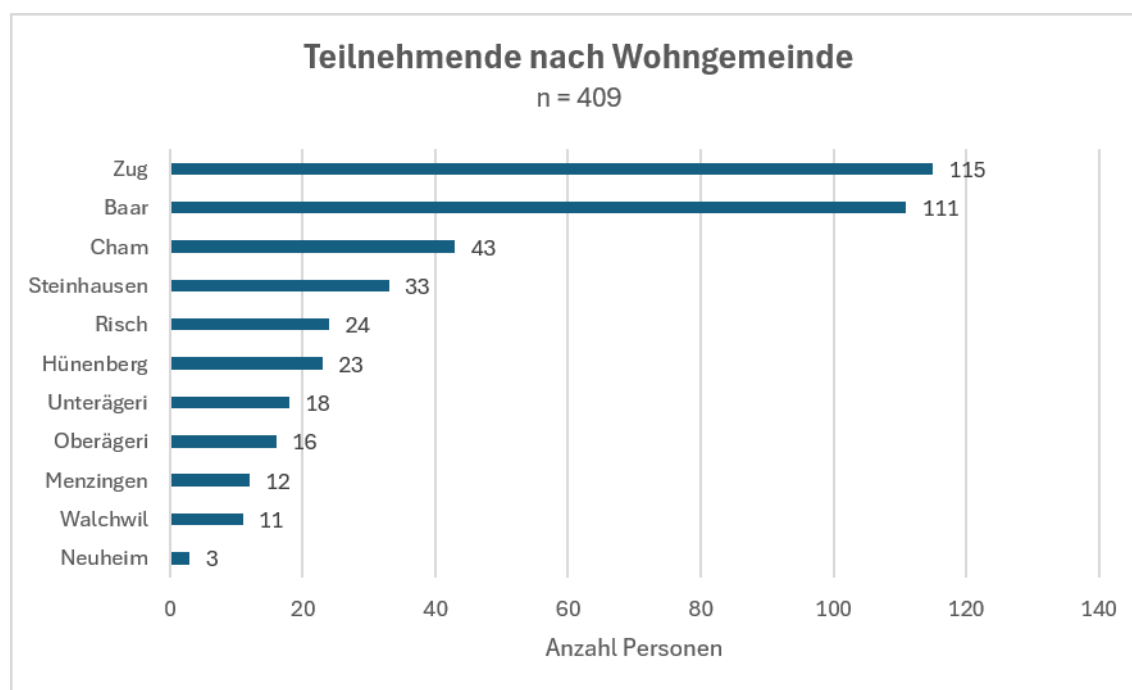


Abbildung 1: Verteilung der Teilnehmenden nach Wohngemeinde (n = 409).

Die Teilnehmenden stammen aus allen elf Gemeinden des Kantons Zug. Am stärksten vertreten sind Zug mit 115 und Baar mit 111 Teilnehmenden. Es folgen Cham mit 43 und Steinhausen mit 33 Teilnehmenden sowie weitere Zuger Gemeinden.

3.2 Alter

Frage A.2: Alter *

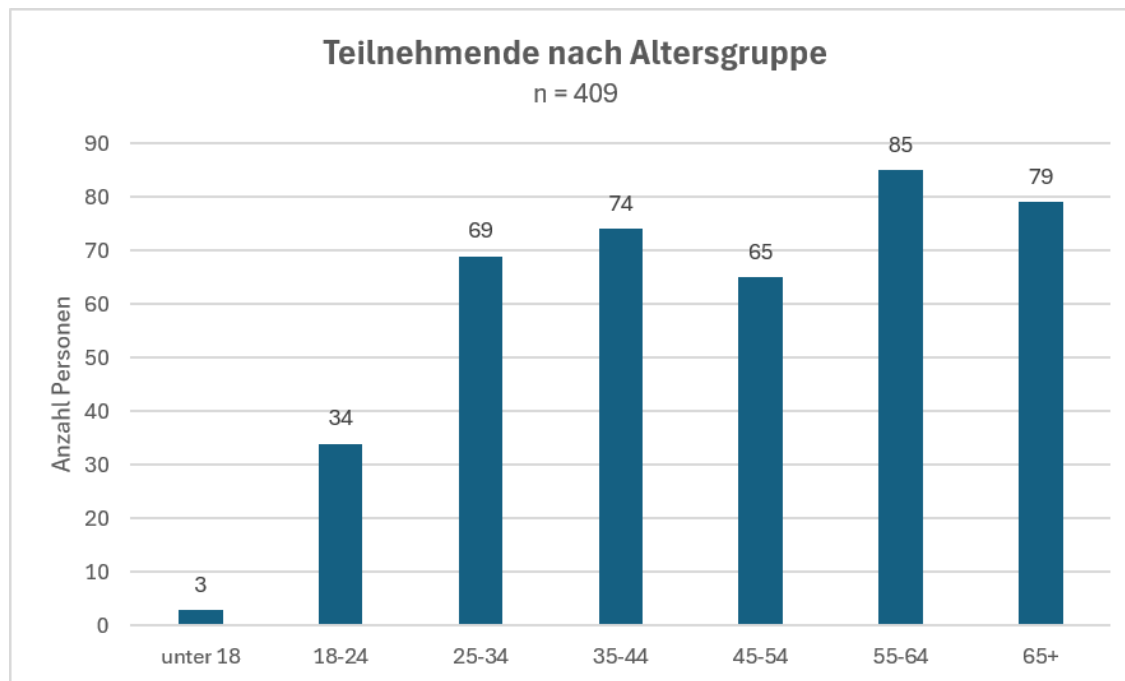


Abbildung 2: Verteilung der Teilnehmenden nach Altersgruppe (n = 409).

Die Teilnehmenden verteilen sich über alle Altersgruppen. Am stärksten vertreten sind die 55- bis 64-Jährigen mit 20,8 %, gefolgt von den über 65-Jährigen mit 19,3 % und den 35- bis 44-Jährigen mit 18,1 %. Personen unter 25 Jahren machen zusammen 9,0 % der Stichprobe aus.

3.3 Geschlecht

Frage A.3: Geschlecht

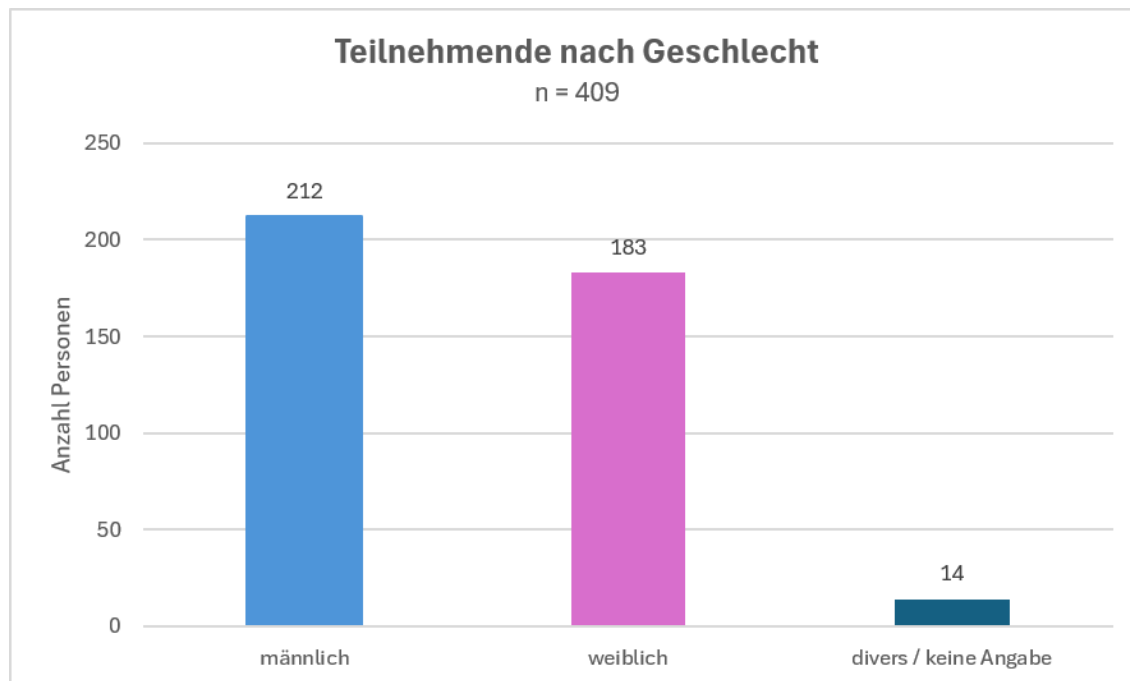


Abbildung 3: Verteilung der Teilnehmenden nach Geschlecht (n = 409).

Mit 51,8 % war etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden männlich, 44,7 % weiblich. 3,4 % entfielen auf die Kategorie «divers / keine Angabe».

3.4 Schweizer Bürgerrecht

Frage A.4: *Besitzen Sie das Schweizer Bürgerrecht?*

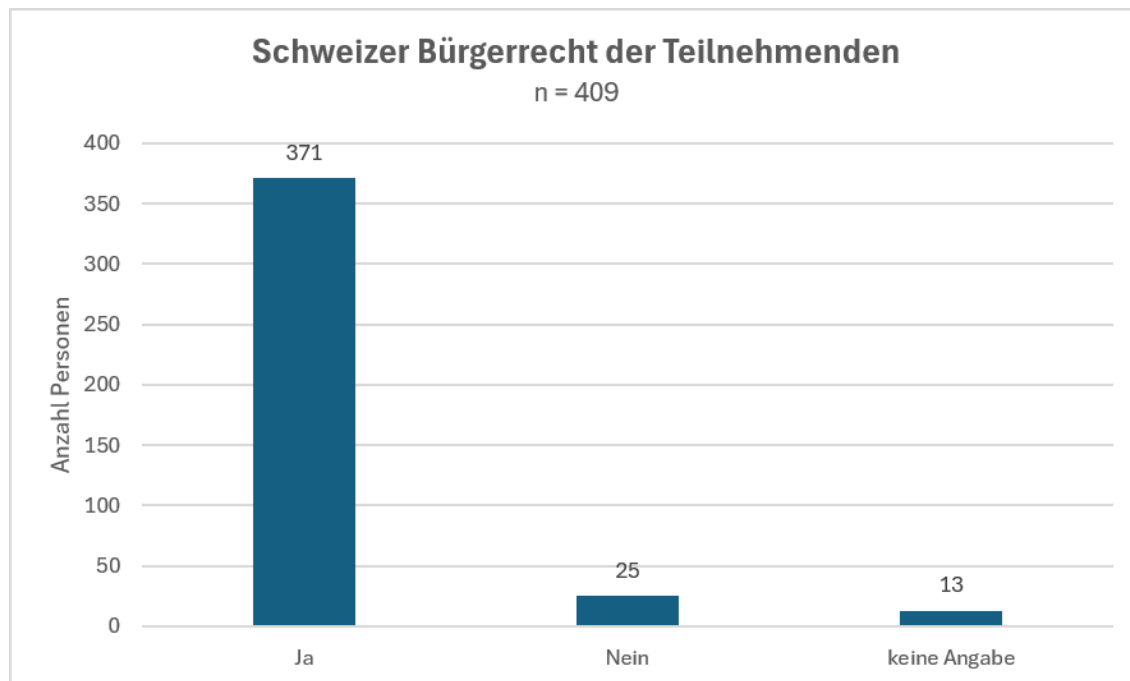


Abbildung 4: Verteilung der Teilnehmenden nach Schweizer Bürgerrecht (n = 409).

90,7 % der Teilnehmenden besitzen nach eigenen Angaben das Schweizer Bürgerrecht. 6,1 % besitzen es nicht, 3,2 % machten keine Angabe.

3.5 Wohndauer im Kanton Zug

Frage A.5: Wie lange wohnen Sie bereits im Kanton Zug?

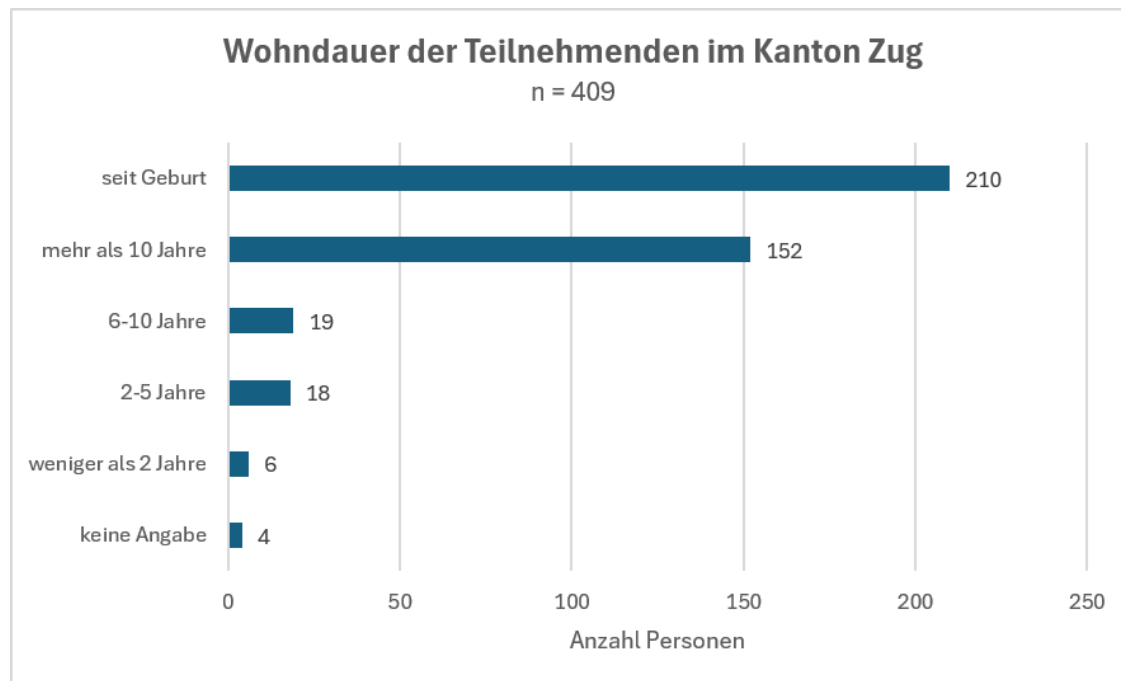


Abbildung 5: Verteilung der Teilnehmenden nach Wohndauer im Kanton Zug (n = 409).

Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden (51,3 %) lebt seit der Geburt im Kanton Zug. Weitere 37,2 % wohnen seit mehr als zehn Jahren im Kanton. Damit leben insgesamt 88,5 % der Teilnehmenden seit mehr als zehn Jahren beziehungsweise seit ihrer Geburt im Kanton Zug. Die übrigen Kategorien machen jeweils weniger als 5 % der Stichprobe aus.

3.6 Kinder und Jugendliche im Haushalt

Frage A.6: Leben Kinder oder Jugendliche unter 18 Jahren in Ihrem Haushalt?

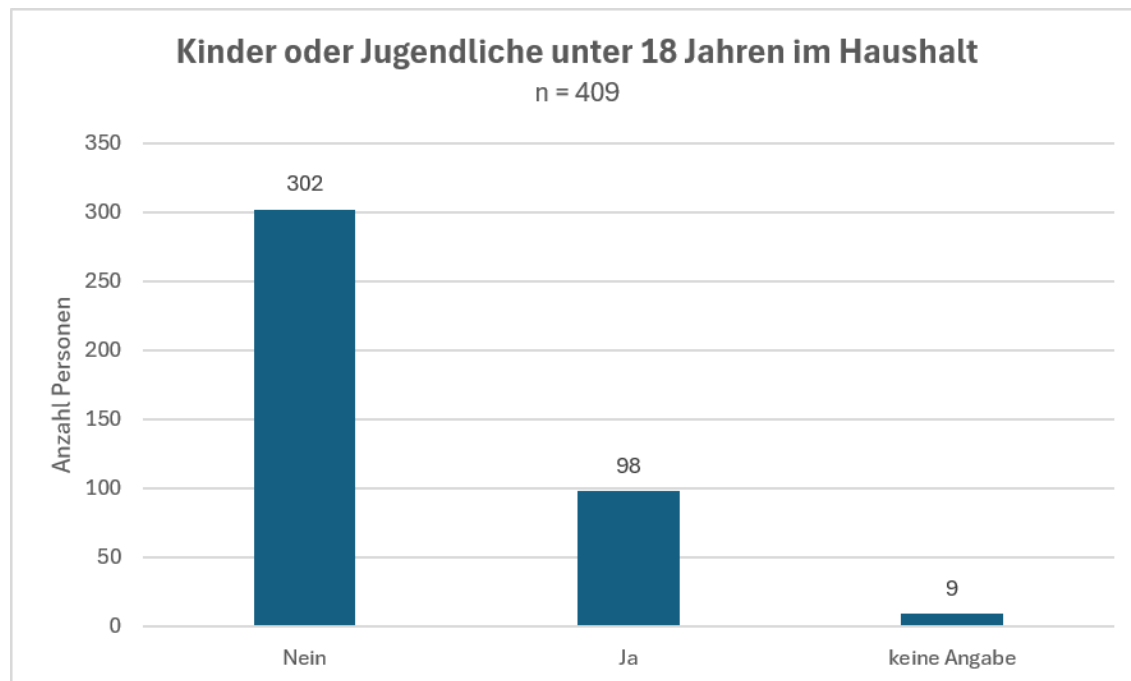


Abbildung 6: Verteilung der Teilnehmenden nach Kindern oder Jugendlichen unter 18 Jahren im Haushalt (n = 409).

24,0 % der Teilnehmenden gaben an, mit Kindern oder Jugendlichen unter 18 Jahren im Haushalt zu leben. Bei 73,8 % war dies nicht der Fall. 2,2 % machten keine Angabe.

3.7 Parteienähe

Frage A.7: Welche Partei steht Ihnen politisch am nächsten?

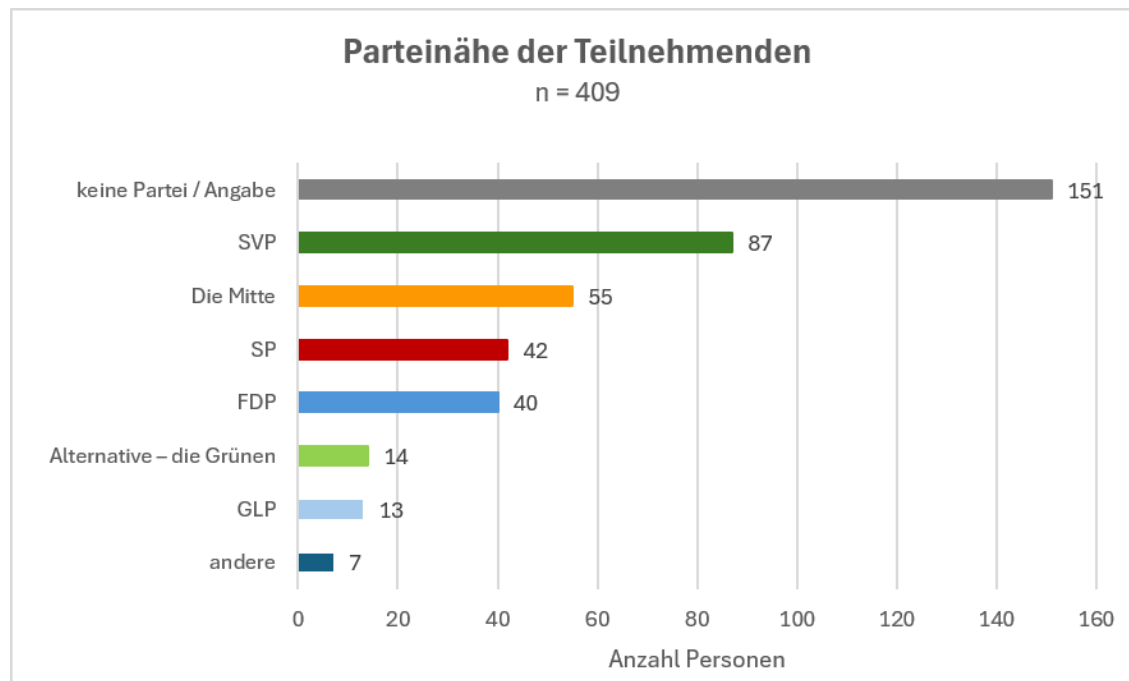


Abbildung 7: Verteilung der Teilnehmenden nach Parteienähe (n = 409).

36,9 % der Teilnehmenden gaben keine Parteienähe an beziehungsweise machten hierzu keine Angabe. Unter den genannten Parteien wurde die SVP mit 21,3 % am häufigsten genannt, gefolgt von Die Mitte mit 13,4 %, der SP mit 10,3 % und der FDP mit 9,8 %. Auf die Alternativen – die Grünen entfielen 3,4 %, auf die GLP 3,2 % und auf andere Parteien 1,7 %.

3.8 Einordnung der demografischen Angaben

Die 409 ausgewerteten Teilnehmenden stammen aus allen elf Gemeinden des Kantons Zug, wobei Zug und Baar besonders stark vertreten sind. Die Stichprobe umfasst verschiedene Altersgruppen; Männer sind etwas stärker vertreten als Frauen. Eine grosse Mehrheit besitzt das Schweizer Bürgerrecht und lebt bereits seit vielen Jahren oder seit der Geburt im Kanton Zug. Rund ein Viertel lebt mit Kindern oder Jugendlichen unter 18 Jahren im Haushalt. Politisch zeigt sich eine breite Streuung, wobei mehr als ein Drittel keine Parteienähe angab beziehungsweise keine Angabe machte.

4. B. Sicherheitsgefühl

Wie sicher fühlen sich die Teilnehmenden im öffentlichen Raum?

Dieses Kapitel untersucht das subjektive Sicherheitsgefühl der Teilnehmenden. Im Zentrum stehen die allgemeine Wahrnehmung von Sicherheit, Veränderungen des Sicherheitsgefühls sowie Situationen und Orte, in denen Unsicherheit erlebt wird. Die Ergebnisse geben persönliche Einschätzungen der Teilnehmenden wieder und sind nicht mit objektiven Kriminalitätsdaten gleichzusetzen.

4.1 Sicherheit tagsüber im öffentlichen Raum

Frage B.1: *Wie sicher fühlen Sie sich tagsüber im öffentlichen Raum? **

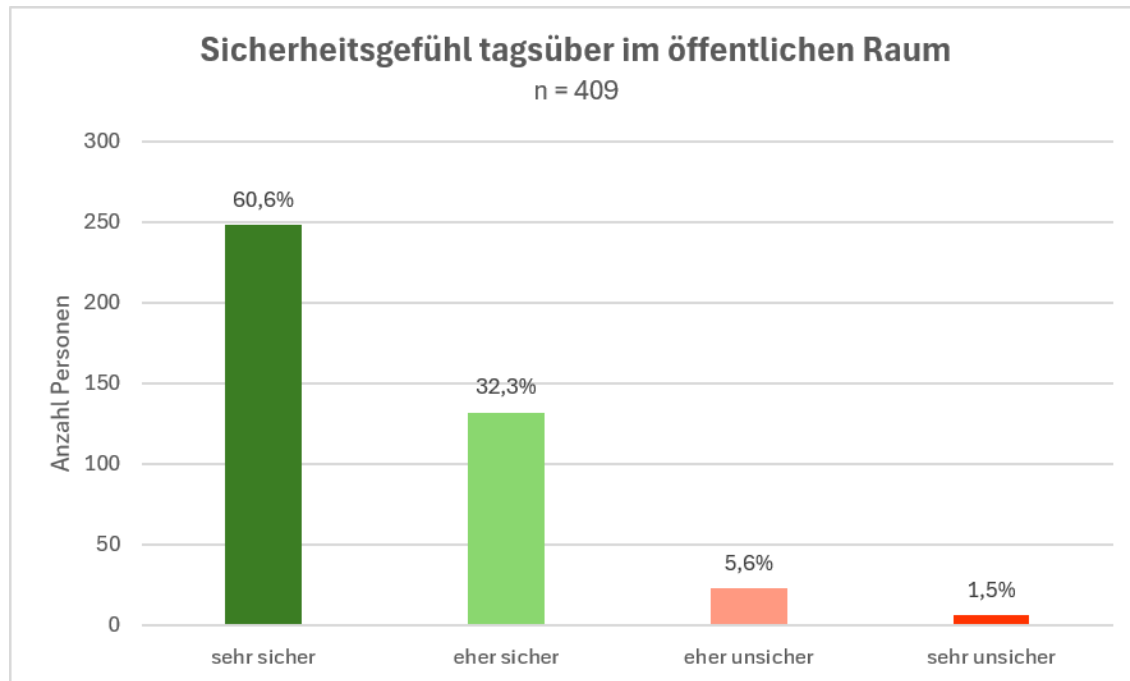


Abbildung 8: Sicherheitsgefühl der Teilnehmenden tagsüber im öffentlichen Raum (n = 409).

Das Sicherheitsgefühl tagsüber ist insgesamt hoch. 60,6 % (248 Personen) der Teilnehmenden fühlen sich sehr sicher und weitere 32,3 % (132 Personen) eher sicher. Damit geben insgesamt 92,9 % (380 Personen) an, sich tagsüber im öffentlichen Raum sicher zu fühlen. 5,6 % (23 Personen) fühlen sich eher unsicher und 1,5 % (6 Personen) sehr unsicher.

4.2 Sicherheit nachts im öffentlichen Raum

Frage B.2: Wie sicher fühlen Sie sich nachts im öffentlichen Raum? *

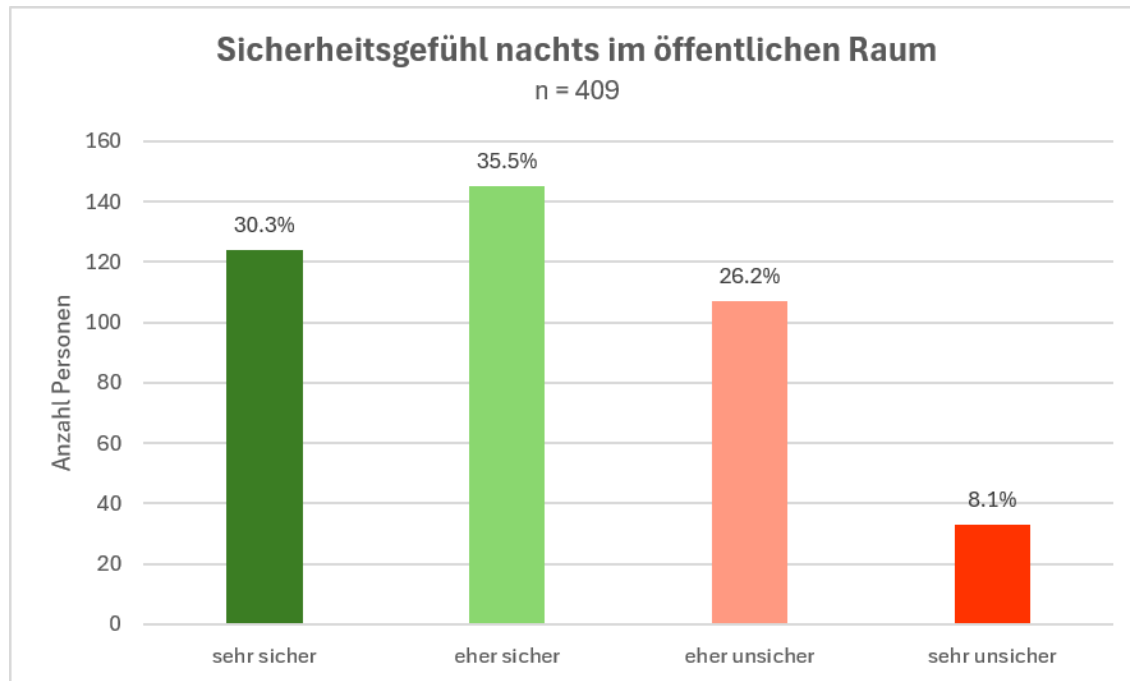


Abbildung 9: Sicherheitsgefühl der Teilnehmenden nachts im öffentlichen Raum (n = 409).

Das Sicherheitsgefühl fällt nachts deutlich geringer aus als tagsüber. 30,3 % (124 Personen) fühlen sich sehr sicher und 35,5 % (145 Personen) eher sicher. Insgesamt fühlen sich damit 65,8 % (269 Personen) nachts im öffentlichen Raum sicher. 26,2 % (107 Personen) fühlen sich eher unsicher und 8,1 % (33 Personen) sehr unsicher; zusammen entspricht dies 34,2 % (140 Personen) der Teilnehmenden.

4.3 Entwicklung des Sicherheitsgefühls

Frage B.3: *Wie hat sich Ihr Sicherheitsgefühl in den letzten fünf Jahren entwickelt? **

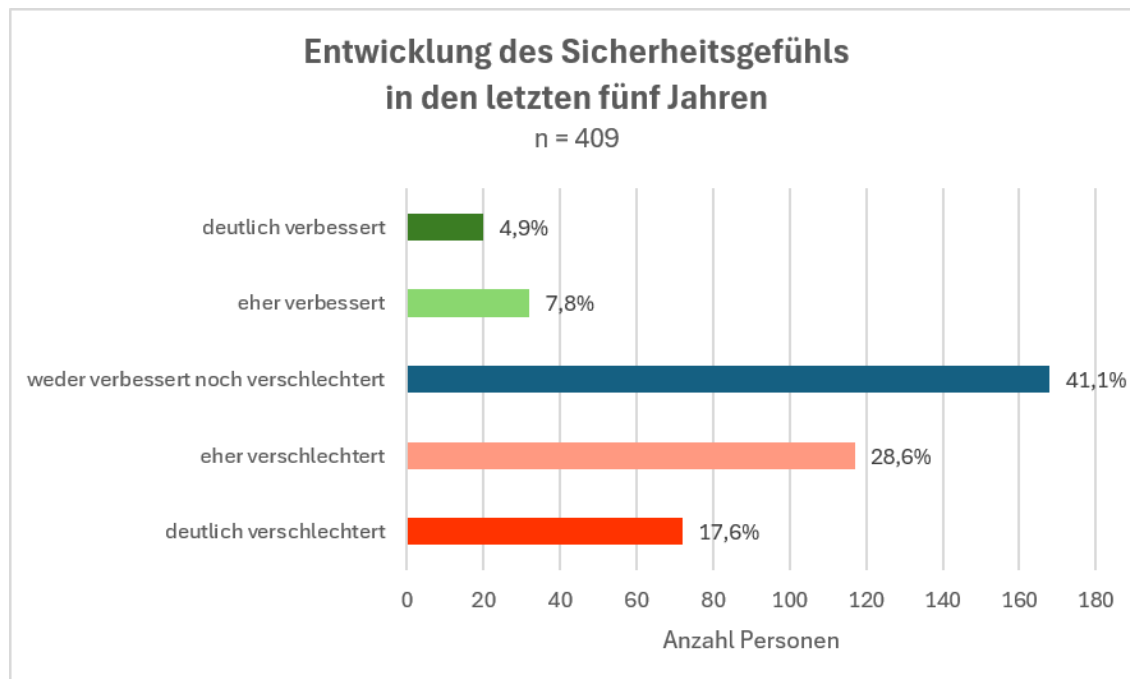


Abbildung 10: *Einschätzung der Entwicklung des Sicherheitsgefühls in den letzten fünf Jahren (n = 409).*

41,1 % (168 Personen) geben an, dass sich ihr Sicherheitsgefühl in den letzten fünf Jahren weder verbessert noch verschlechtert hat. Bei 46,2 % (189 Personen) hat es sich hingegen verschlechtert: 28,6 % (117 Personen) berichten von einer eher und 17,6 % (72 Personen) von einer deutlichen Verschlechterung. Eine Verbesserung nehmen insgesamt 12,7 % (52 Personen) wahr, davon 7,8 % (32 Personen) eine eher und 4,9 % (20 Personen) eine deutliche Verbesserung.

4.4. Unsicherheitserlebnis in den letzten zwölf Monaten

Frage B.4: *Haben Sie in den letzten zwölf Monaten eine Situation erlebt, in der Sie sich im öffentlichen Raum unsicher gefühlt haben? **

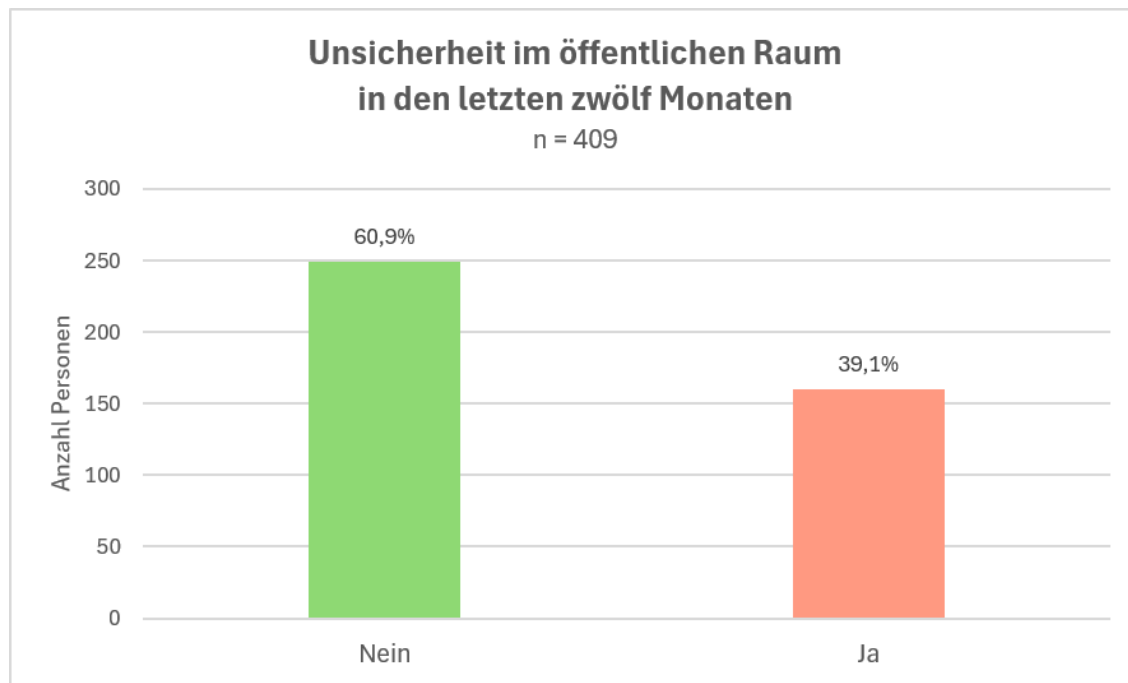


Abbildung 11: Unsicherheitserlebnisse der Teilnehmenden im öffentlichen Raum in den letzten zwölf Monaten (n = 409).

39,1 % (160 Personen) der Teilnehmenden gaben an, in den letzten zwölf Monaten mindestens eine Situation erlebt zu haben, in der sie sich im öffentlichen Raum unsicher gefühlt haben. Bei 60,9 % (249 Personen) war dies nicht der Fall.

4.4.1 Unsicherheit nach Geschlecht

Ergänzend wurde untersucht, ob sich die Angaben zu Unsicherheitserlebnissen in den letzten zwölf Monaten zwischen den Geschlechtern unterscheiden.

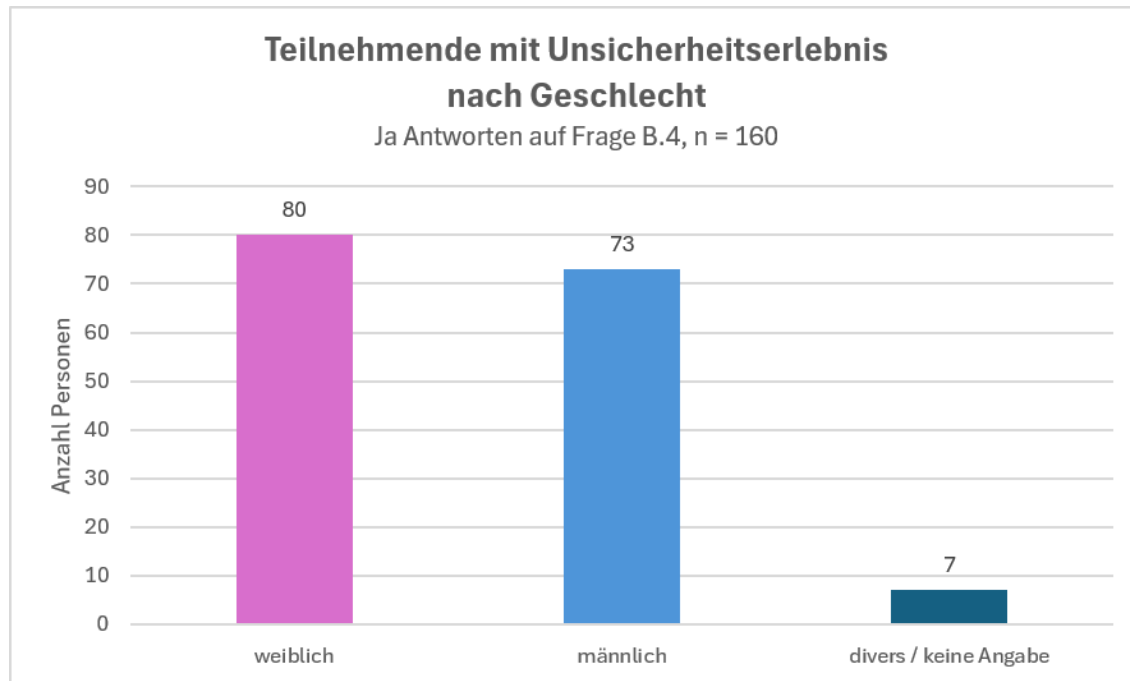


Abbildung 12: Geschlechterverteilung der 160 Teilnehmenden, die in den letzten zwölf Monaten ein Unsicherheitserlebnis im öffentlichen Raum angegeben haben.

Unter den 160 Teilnehmenden, die Frage B.4 mit «Ja» beantwortet haben, waren 80 weiblich, 73 männlich und 7 der Kategorie «divers / keine Angabe» zugeordnet.

Um die Unterschiede zwischen den Geschlechtern besser einordnen zu können, wurde zusätzlich betrachtet, wie hoch der Anteil der Ja-Antworten innerhalb der jeweiligen Geschlechtergruppe ausfällt.

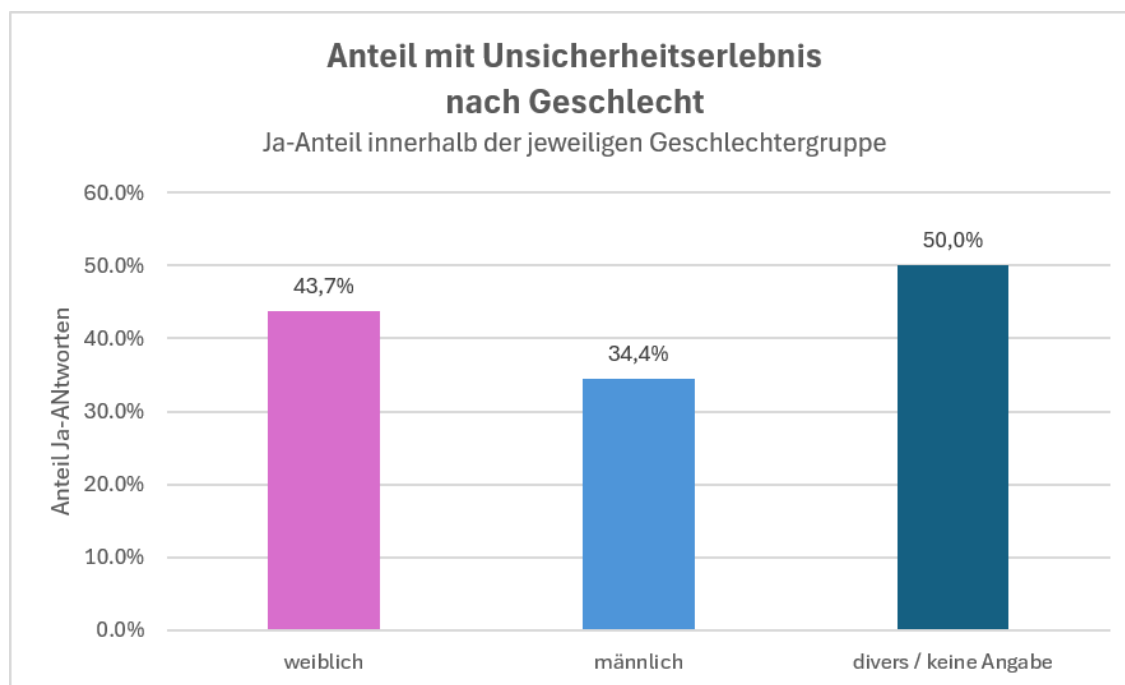


Abbildung 13: Anteil der Teilnehmenden mit einem Unsicherheitserlebnis in den letzten zwölf Monaten nach Geschlecht. Weiblich n = 183, männlich n = 212, divers / keine Angabe n = 14.

Unter den weiblichen Teilnehmenden gaben 43,7 % (80 von 183) an, in den letzten zwölf Monaten eine Situation erlebt zu haben, in der sie sich im öffentlichen Raum unsicher fühlten. Bei den männlichen Teilnehmenden lag dieser Anteil bei 34,4 % (73 von 212). Der Anteil liegt bei den weiblichen Teilnehmenden damit um 9,3 Prozentpunkte höher als bei den männlichen. In der Kategorie «divers / keine Angabe» betrug der Anteil 50,0 % (7 von 14); aufgrund der kleinen Fallzahl ist dieser Wert mit besonderer Zurückhaltung zu interpretieren.

4.4.2 Beschreibung der erlebten Situationen

Frage B.4.1 (Folgefrage zu B.4): Falls Ja: Möchten Sie die Situation kurz beschreiben?

Von den 160 Teilnehmenden, die in den letzten zwölf Monaten ein Unsicherheitserlebnis im öffentlichen Raum angaben, beschrieben 101 ihre Erfahrung in einem Freitextfeld näher. Da einzelne Antworten mehreren Themen zugeordnet werden konnten, sind die nachfolgenden Häufigkeiten als Nennungen zu verstehen und nicht addierbar.

Besonders häufig beziehen sich die Schilderungen auf Bahnhöfe und den öffentlichen Verkehr (35 Antworten) sowie auf Abend-, Nacht- oder Dunkelheitssituationen (22 Antworten). Wiederkehrend genannt werden dabei Gruppen von Personen, schlecht beleuchtete Orte und das Alleinsein unterwegs.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Pöbeleien, Belästigungen und Bedrohungen, die in 27 Antworten ausdrücklich geschildert werden; Pöbeleien werden in 15 Antworten genannt. Die Erfahrungen reichen von verbalen Provokationen und Verfolgung bis zu Drohungen und körperlich übergriffigem Verhalten.

Wiederholt stellen Teilnehmende einen Bezug zu Zuwanderung oder Asyl her. Asylsuchende, Asylbewerber oder Personen aus dem Asylbereich werden in 12 Antworten ausdrücklich genannt, Migranten in fünf und Muslime beziehungsweise Islamisten in vier. Diese Kategorien überschneiden sich teilweise. Daneben schildern andere Teilnehmende Unsicherheit im Zusammenhang mit Männergruppen, Jugendlichen sowie rassistischen, sexistischen, homo- oder transfeindlichen be-

ziehungsweise rechtsextremen Verhaltensweisen. Die Angaben geben jeweils die persönliche Wahrnehmung der Teilnehmenden wieder und erlauben keine Aussage über die tatsächliche Herkunft oder den Aufenthaltsstatus der beschriebenen Personen.

Weitere Themen sind alkoholisierte Personen, Eigentumsdelikte und Sachbeschädigungen, negative Erfahrungen mit der Polizei sowie Gefährdungen im Strassenverkehr. Insgesamt zeigen die Antworten, dass Unsicherheit sehr unterschiedliche Ursachen hat, sich aber besonders häufig auf Bahnhöfe und den öffentlichen Verkehr, die Abend- und Nachtstunden sowie pöbelndes, belästigendes oder bedrohliches Verhalten konzentriert.

Ausgewählte Originalzitate

«Teilweise nachts grössere Männergruppen unterwegs, was früher seltener der Fall war. Kein konkreter Vorfall, nur die Tatsache, dass man im Fall eines Vorfalls als Frau deutlich und mehrfach unterlegen wäre.»

«Es sind in den letzten Jahren vermehrt betrunkene und aufdringliche Asylanten [...] im Zug und am Bahnhof, die öfter auch Passagiere anpöbeln.»

«Eine Gruppe junger, weisser Männer hat mich bedroht und transfeindlich beleidigt. Einige hatten typisch rechtsextreme Symbolik [...] an sich.»

4.5 Einordnung des Sicherheitsgefühls

Das Sicherheitsgefühl der Teilnehmenden ist tagsüber insgesamt hoch: 92,9 % fühlen sich im öffentlichen Raum sehr oder eher sicher. Nachts fällt dieser Anteil mit 65,8 % deutlich geringer aus. Gleichzeitig geben 46,2 % an, dass sich ihr Sicherheitsgefühl in den letzten fünf Jahren verschlechtert hat.

39,1 % der Teilnehmenden haben in den vergangenen zwölf Monaten mindestens eine Situation erlebt, in der sie sich im öffentlichen Raum unsicher fühlten. Unter den weiblichen Teilnehmenden lag dieser Anteil mit 43,7 % höher als unter den männlichen mit 34,4 %. Die Freitextantworten zeigen, dass Unsicherheit besonders häufig mit Bahnhöfen und dem öffentlichen Verkehr, den Abend- und Nachtstunden sowie mit pöbelndem, belästigendem oder bedrohlichem Verhalten verbunden wird.

5. C. Opfererfahrungen

Welche persönlichen Erfahrungen mit sicherheitsrelevanten Vorfällen haben die Teilnehmenden gemacht?

Dieses Kapitel befasst sich mit eigenen Opfererfahrungen der Teilnehmenden. Erfasst werden, ob entsprechende Erlebnisse vorliegen und – soweit angegeben – deren Art, Häufigkeit und Kontext. Die Angaben beruhen auf den persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen der Teilnehmenden und stellen keine amtlich verifizierte Kriminalstatistik dar.

5.1 Eigene Opfererfahrung

Frage C.1: *Sind Sie in den letzten 12 Monaten persönlich Opfer einer Straftat geworden? **

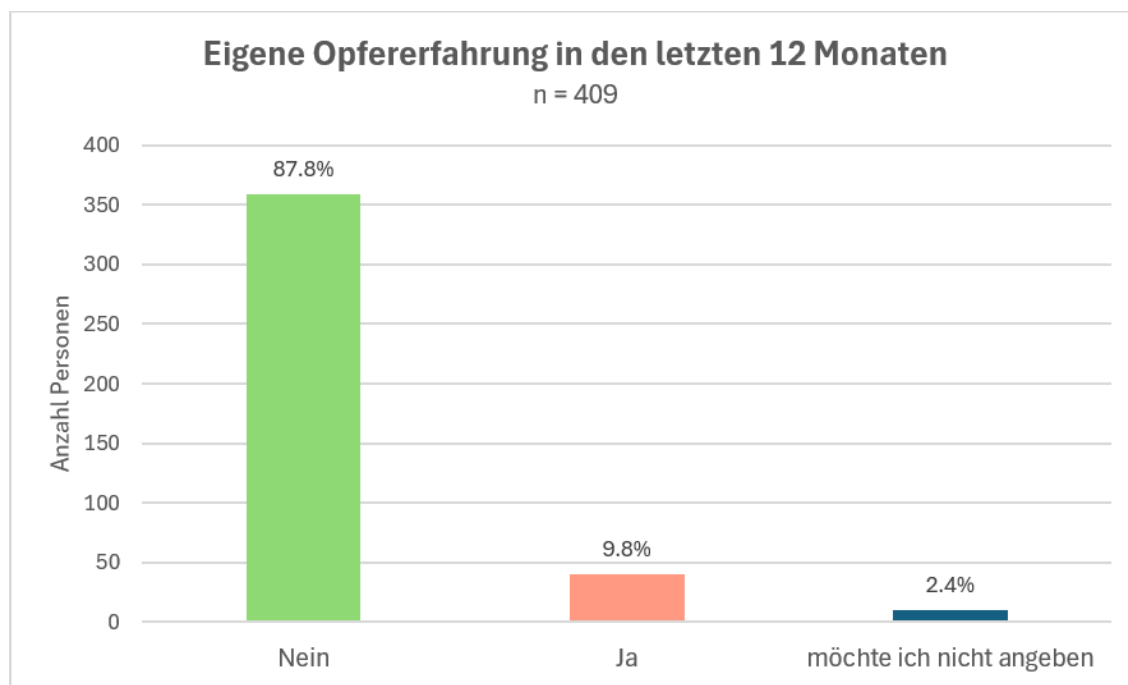


Abbildung 14: Eigene Opfererfahrung der Teilnehmenden in den letzten 12 Monaten (n = 409).

9,8 % (40 Personen) der Teilnehmenden gaben an, in den letzten 12 Monaten persönlich Opfer einer Straftat geworden zu sein. 87,8 % (359 Personen) gaben an, keine entsprechende Opfererfahrung gemacht zu haben. 2,4 % (10 Personen) wollten hierzu keine Angabe machen.

5.1.1 Opfererfahrung nach Geschlecht

Ergänzend wurde untersucht, ob sich die Angaben zu eigenen Opfererfahrungen in den letzten zwölf Monaten zwischen den Geschlechtern unterscheiden.

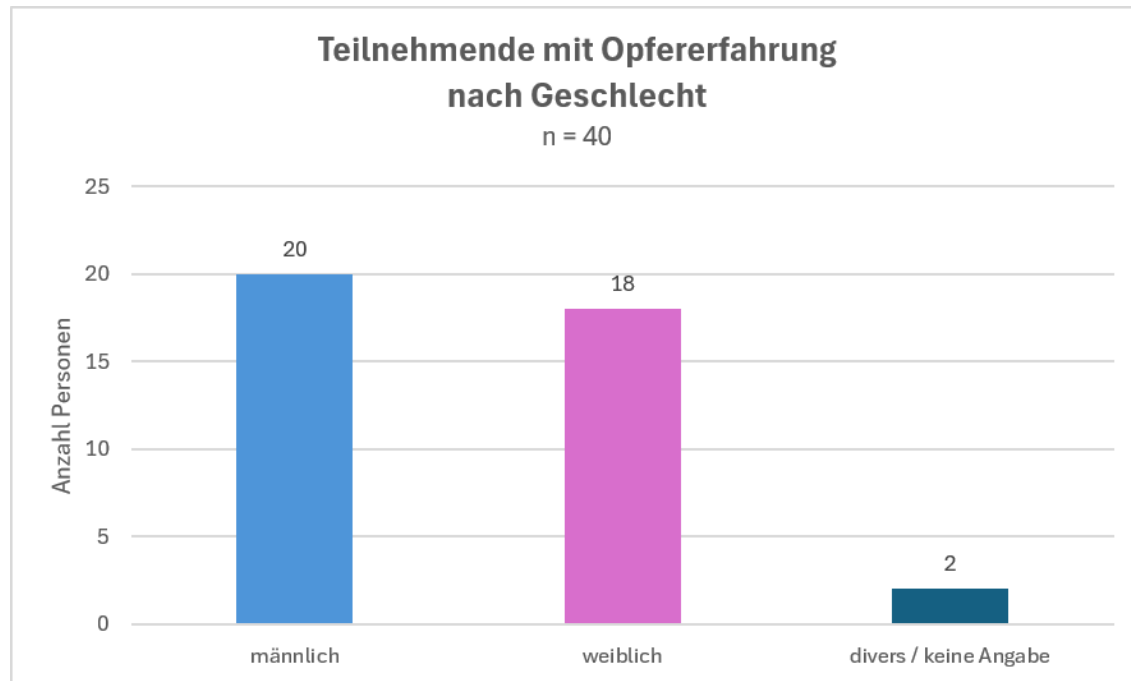


Abbildung 15: Geschlechterverteilung der 40 Teilnehmenden, die in den letzten 12 Monaten eine eigene Opfererfahrung angegeben haben.

Unter den 40 Teilnehmenden mit eigener Opfererfahrung waren 20 männlich, 18 weiblich und 2 der Kategorie «divers / keine Angabe» zugeordnet.

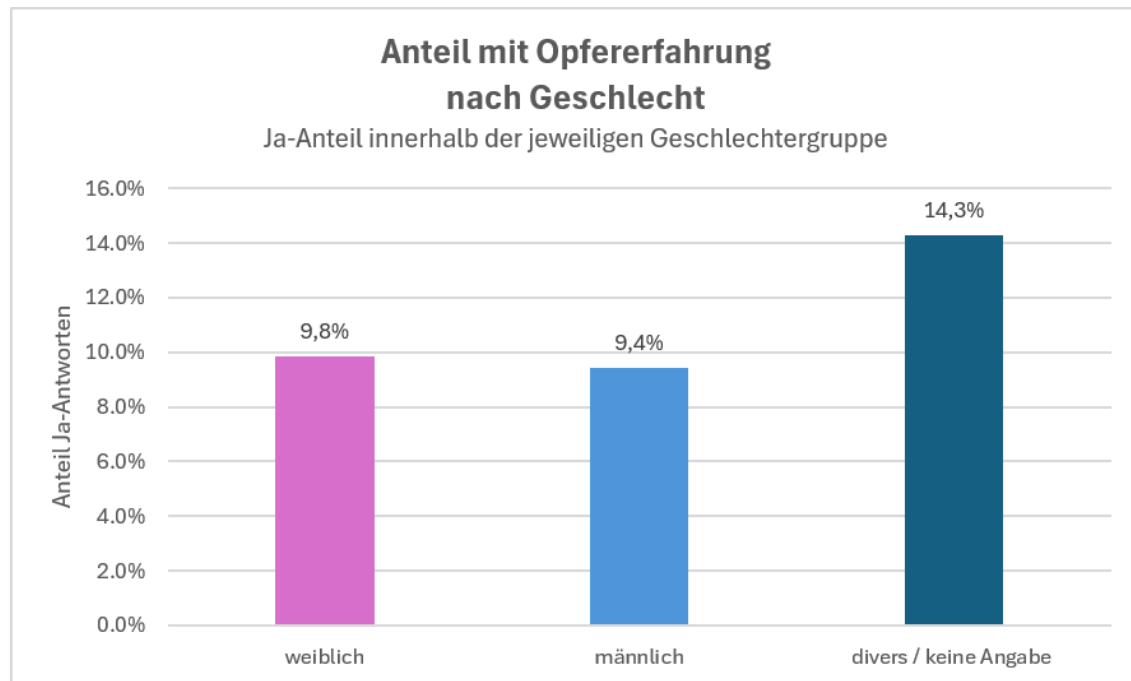


Abbildung 16: Anteil der Teilnehmenden mit eigener Opfererfahrung nach Geschlecht. Weiblich n = 183, männlich n = 212, divers / keine Angabe n = 14.

Unter den weiblichen Teilnehmenden gaben 9,8 % (18 von 183) an, in den letzten 12 Monaten persönlich Opfer einer Straftat geworden zu sein. Bei den männlichen Teilnehmenden lag dieser Anteil bei 9,4 % (20 von 212). In der Kategorie «divers / keine Angabe» betrug der Anteil 14,3 % (2 von 14); aufgrund der kleinen Fallzahl ist dieser Wert mit besonderer Zurückhaltung zu interpretieren.

Wie in Kapitel 4.4.1 gezeigt, gaben weibliche Teilnehmende deutlich häufiger an, sich in den letzten zwölf Monaten im öffentlichen Raum unsicher gefühlt zu haben. Beim Anteil der Personen mit eigener Opfererfahrung zeigt sich zwischen Frauen und Männern hingegen kaum ein Unterschied.

5.1.2 Art der Straftat

Frage C.1.1 (Folgefrage zu C.1): *Falls Ja: Um welche Art von Vorfall handelte es sich? **

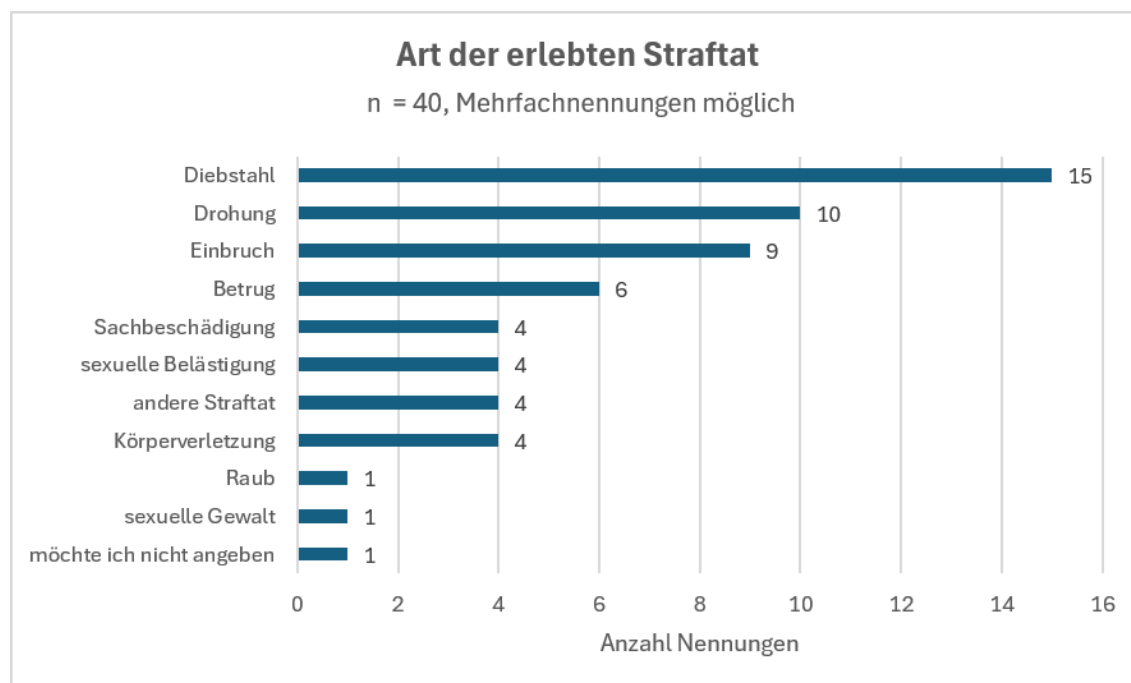


Abbildung 17: Art der erlebten Straftat unter den Teilnehmenden mit eigener Opfererfahrung in den letzten 12 Monaten (n = 40; Mehrfachnennungen möglich).

Am häufigsten wurde Diebstahl mit 15 Nennungen angegeben, gefolgt von Drohung mit 10 und Einbruch mit 9 Nennungen. Betrug wurde sechsmal genannt. Je vier Nennungen entfielen auf Sachbeschädigung, sexuelle Belästigung, eine andere Straftat und Körperverletzung. Raub und sexuelle Gewalt wurden jeweils einmal genannt. Eine Person wollte die Art der Straftat nicht angeben. Da Mehrfachnennungen möglich waren, übersteigt die Summe der Nennungen die Zahl der 40 antwortenden Personen.

5.1.3 Meldung bei der Polizei

Frage C.1.2 (Folgefrage zu C.1): *Falls Ja: Wurde der Vorfall der Polizei gemeldet? **

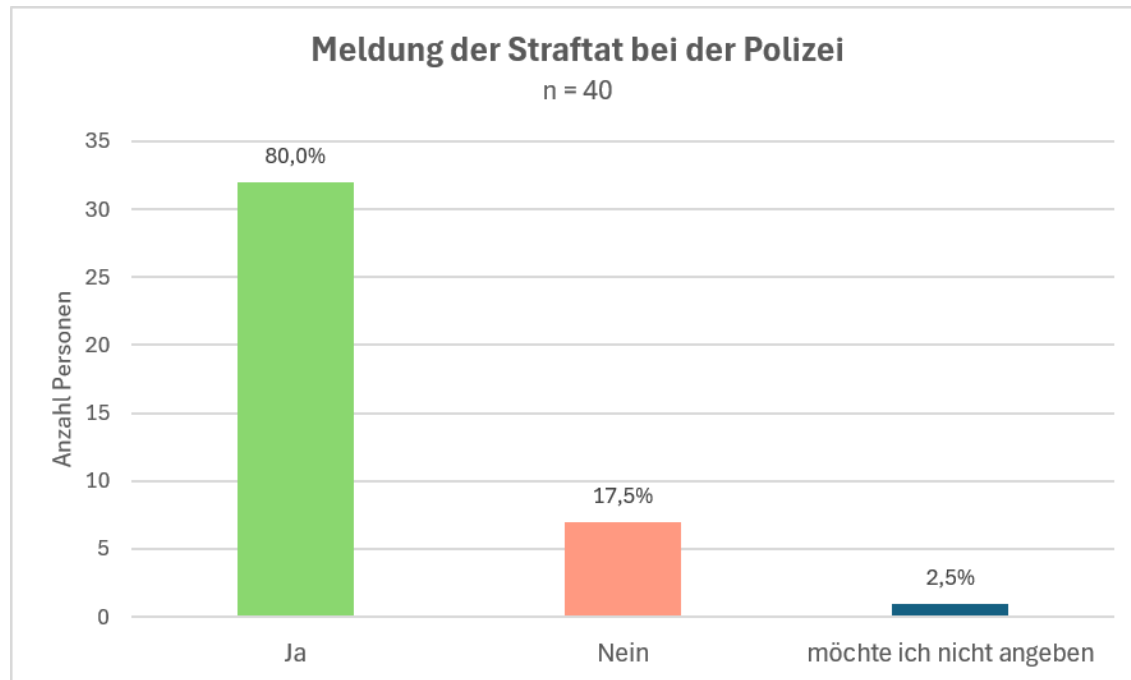


Abbildung 18: Meldung der Straftat bei der Polizei unter den Teilnehmenden mit eigener Opfererfahrung (n = 40).

80,0 % (32 Personen) der Teilnehmenden mit eigener Opfererfahrung gaben an, die Straftat der Polizei gemeldet zu haben. Bei 17,5 % (7 Personen) erfolgte keine Meldung. Eine Person (2,5 %) wollte hierzu keine Angabe machen.

5.1.4 Beschreibung der Opfererfahrungen

Frage C.1.3 (Folgefrage zu C.1): *Falls Ja: Möchten Sie den Vorfall näher beschreiben? **

Da es sich bei der Folgefrage um ein Pflichtfeld handelte, lag von allen 40 Teilnehmenden mit eigener Opfererfahrung eine Eingabe vor. 37 Antworten enthielten eine inhaltliche Beschreibung des Vorfalls; drei enthielten keine neue Beschreibung. Die Antworten reichen von kurzen Stichworten bis zu ausführlicheren Darstellungen. Da einzelne Antworten mehrere Aspekte enthalten können, sind die nachfolgend genannten Häufigkeiten als Nennungen zu verstehen und nicht adäquat.

Die Beschreibungen bestätigen das Bild aus der vorangehenden Auswertung der Straftatenarten. Besonders häufig werden Eigentumsdelikte beschrieben: In 22 Antworten finden sich Diebstahl, Einbruch beziehungsweise Einbruchversuch, Sachbeschädigung oder Betrug. Wiederholt genannt werden insbesondere Velo- und andere Diebstähle sowie Einbrüche in Wohnungen oder Nebenräume. Vier Antworten beziehen sich auf Betrug oder Phishing, überwiegend im Internet.

Daneben werden in 15 Antworten Bedrohungen, Gewalt, Belästigungen oder andere Übergriffe geschildert. Dazu gehören Drohungen und Nötigungen, körperliche Angriffe, sexuelle Belästigung beziehungsweise sexuelle Gewalt sowie häusliche Gewalt. Einzelne Schilderungen beschreiben auch länger anhaltende Folgen eines erlebten Übergriffs.

In mehreren Antworten wird zusätzlich der wahrgenommene Hintergrund der beteiligten Personen thematisiert. Fünf Antworten stellen einen Bezug zu Asyl, Flucht oder ausländischer Herkunft her. Drei Antworten enthalten negative Erfahrungen beziehungsweise Wahrnehmungen im Zusammenhang mit der Polizei. Daneben werden vereinzelt rassistische oder homophobe Erfahrungen beschrieben. Diese Angaben geben die Wahrnehmungen der jeweiligen Teilnehmenden wieder und wurden nicht auf ihre tatsächliche Richtigkeit überprüft.

Eine Freitextantwort bezieht sich ausdrücklich auf einen Vorfall, der bereits zwei Jahre zurückliegt und damit ausserhalb des in Frage C.1 genannten Zeitraums von zwölf Monaten liegt.

Ausgewählte Originalzitate

«Ich wurde schon oft Sexuelle belästigt an öffentlichen Verkehrsmittel oder Orten, deswegen meide ich immer mehr den ÖV und öffentliche Veranstaltungen.»

«Einbruch in meiner Wohnung. Es wurde sämtlicher Schmuck gestohlen.»

«Von 4 jugendlichen überfallen und bedroht und angegriffen worden. Es läuft nun einen seit einem Jahr eine Strafuntersuchung wegen versuchter Körperverletzung.»

5.2 Opfererfahrungen im persönlichen Umfeld

Frage C.2: Sind Angehörige oder Personen aus Ihrem persönlichen Umfeld in den letzten zwölf Monaten Opfer einer Straftat geworden? *

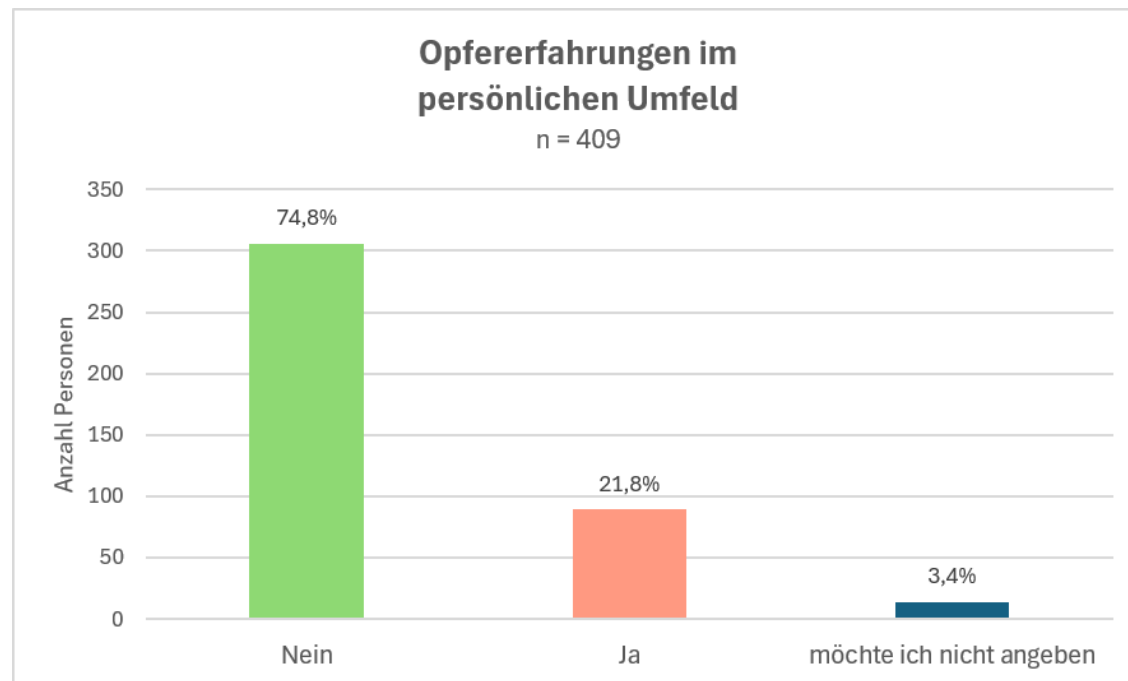


Abbildung 19: Opfererfahrungen im persönlichen Umfeld der Teilnehmenden in den letzten zwölf Monaten (n = 409).

21,8 % (89 Personen) der Teilnehmenden gaben an, dass Angehörige oder Personen aus ihrem persönlichen Umfeld in den letzten zwölf Monaten Opfer einer Straftat geworden sind. Bei 74,8 % (306 Personen) war dies nicht der Fall. 3,4 % (14 Personen) wollten hierzu keine Angabe machen.

5.3 Einordnung der Opfererfahrungen

9,8 % (40 Personen) der Teilnehmenden gaben an, in den letzten zwölf Monaten selbst Opfer einer Straftat geworden zu sein. Am häufigsten wurden Diebstahl, Drohung und Einbruch genannt. 80,0 % der Betroffenen gaben an, die Straftat der Polizei gemeldet zu haben.

Zwischen weiblichen und männlichen Teilnehmenden zeigte sich beim Anteil eigener Opfererfahrungen kaum ein Unterschied. Gleichzeitig berichteten 21,8 % (89 Personen), dass Angehörige oder Personen aus ihrem persönlichen Umfeld in den letzten zwölf Monaten Opfer einer Straftat geworden seien.

6. D. Öffentlicher Raum

Welche Orte und Situationen im öffentlichen Raum werden als unangenehm oder unsicher wahrgenommen?

Dieses Kapitel befasst sich mit der Wahrnehmung des öffentlichen Raums. Im Zentrum stehen Orte und Situationen, die von den Teilnehmenden als unangenehm oder unsicher erlebt beziehungsweise gemieden werden, sowie mögliche Gründe dafür. Die Angaben beruhen auf den persönlichen Wahrnehmungen und Erfahrungen der Teilnehmenden.

6.1 Bewusst gemiedene Orte

Frage D.1: *Gibt es Orte im Kanton Zug, die Sie aufgrund von Unsicherheit bewusst meiden? **

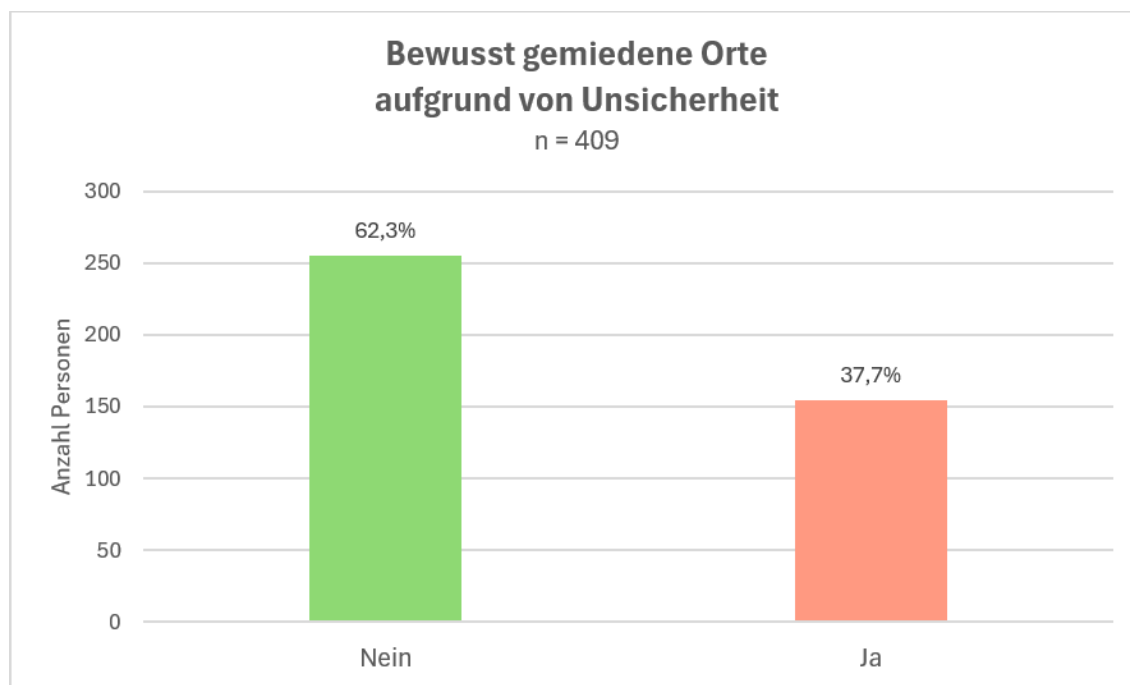


Abbildung 20: Anteil der Teilnehmenden, die aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug meiden (n = 409).

37,7 % (154 Personen) der Teilnehmenden gaben an, aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug zu meiden. Bei 62,3 % (255 Personen) war dies nicht der Fall.

6.1.1 Genannte gemiedene Orte

Frage D.1.1 (Folgefrage zu D.1): *Falls Ja: Welche Orte?*

Von den 154 Teilnehmenden, die angaben, aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug zu meiden, machten 141 nähere Angaben. Einzelne Antworten nannten mehrere Orte oder Situationen. Die nachfolgend genannten Häufigkeiten sind deshalb als Nennungen zu verstehen und nicht addierbar.

Besonders häufig wurden Bahnhöfe und deren Umgebung genannt. In 90 der 141 Antworten findet sich ein entsprechender Bezug. Wiederholt genannt werden insbesondere der Bahnhof Zug, daneben auch die Bahnhöfe in Baar, Cham, Rotkreuz und Steinhausen.

Auch Abend- und Nachtstunden spielen eine wichtige Rolle: In 40 Antworten wird ausdrücklich auf Abend, Nacht oder späte Tageszeiten Bezug genommen. Wiederkehrend genannt werden zudem dunkle oder schlecht beleuchtete Orte, Unterführungen, abgelegene Wege, Wälder sowie Parkhäuser und Parkplätze.

Weitere wiederkehrende Nennungen betreffen das Seeufer, die Seepromenade und den Hafen. Neun Antworten stellen ausdrücklich einen Bezug zu Asylunterkünften oder zu Orten her, an denen sich nach Wahrnehmung der Teilnehmenden viele Asylsuchende aufhalten. Mehrfach genannt werden ausserdem das Podium 41 beziehungsweise dessen Umgebung sowie das Metall- und Neustadtgebiet.

Insgesamt konzentrieren sich die genannten Orte damit deutlich auf Bahnhofsbereiche sowie auf Situationen am Abend oder in der Nacht. Daneben spielen schlecht beleuchtete oder wenig frequentierte Orte und einzelne Bereiche am See eine wiederkehrende Rolle.

Ausgewählte Originalzitate

«Bahnhof Zug / Umgebung am Abend. Unterführungen, schlecht beleuchtete Wege, abgelegene Orte am See, Tiefgaragen, Wald, etc.»

«Nur am späteren Abend/Nacht: überall dort, wo sich zuwenig Menschen aufhalten und viele dunkle Ecken sind.»

«Bahnhof bei Nacht, einige Gegenden rund um den See, wo sich einige fragwürdige Gestalten herumtreiben, überall in der Nähe einer Asylunterkunft.»

6.1.2 Bewusst gemiedene Orte nach Geschlecht

Ergänzend wurde untersucht, ob sich der Anteil der Teilnehmenden, die aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug meiden, zwischen den Geschlechtern unterscheidet.

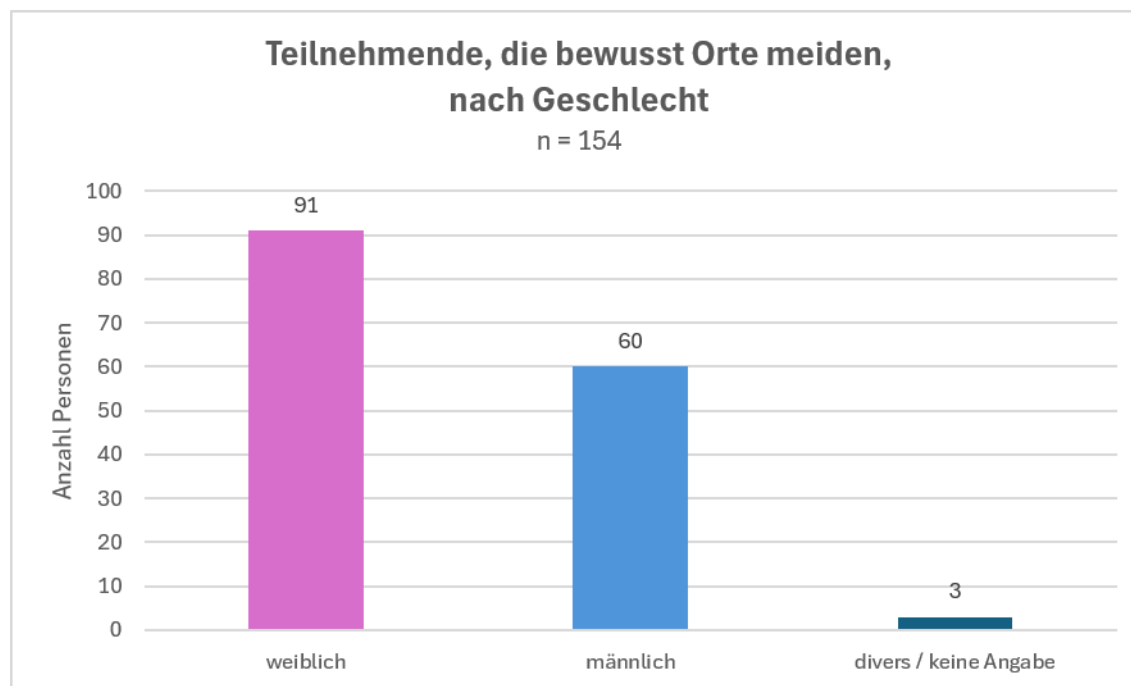


Abbildung 21: Geschlechterverteilung der 154 Teilnehmenden, die angaben, aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug zu meiden.

Unter den 154 Teilnehmenden, die aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug meiden, waren 91 weiblich, 60 männlich und 3 der Kategorie «divers / keine Angabe» zugeordnet.

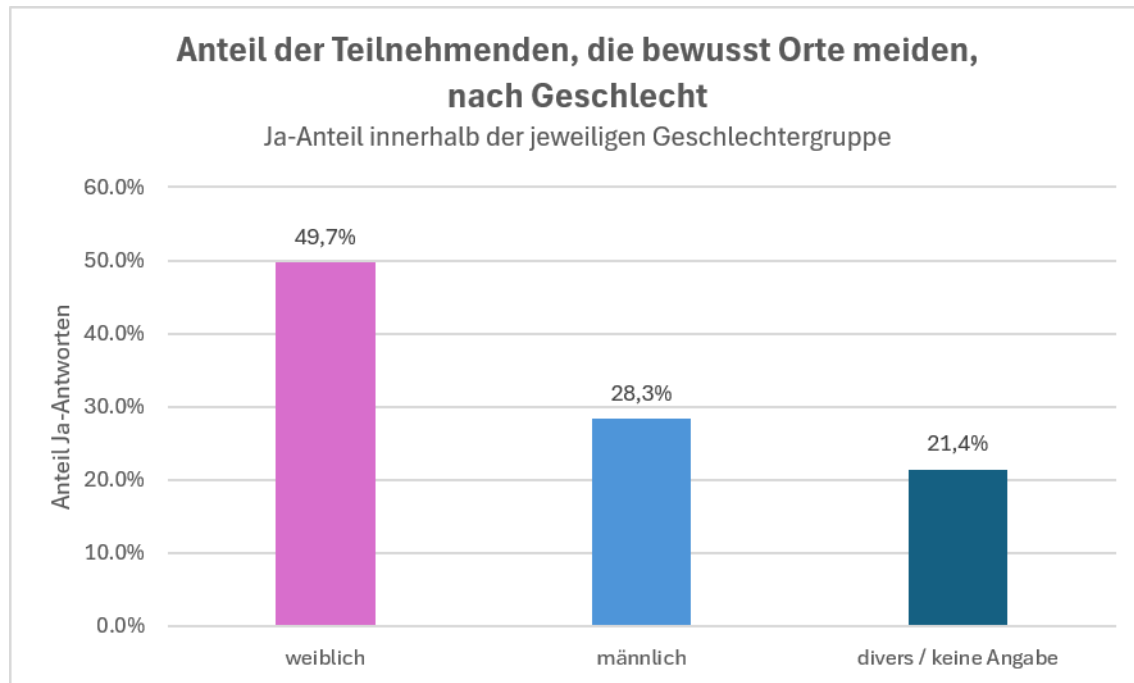


Abbildung 22: Anteil der Teilnehmenden, die aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug meiden, nach Geschlecht. Weiblich $n = 183$, männlich $n = 212$, divers / keine Angabe $n = 14$.

Unter den weiblichen Teilnehmenden gaben 49,7 % (91 von 183) an, aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug zu meiden. Bei den männlichen Teilnehmenden lag dieser Anteil mit 28,3 % (60 von 212) deutlich tiefer. In der Kategorie «divers / keine Angabe» betrug der Anteil 21,4 % (3 von 14); aufgrund der kleinen Fallzahl ist dieser Wert mit Zurückhaltung zu interpretieren.

Der Anteil lag bei den weiblichen Teilnehmenden damit um 21,4 Prozentpunkte höher und war rund 1,8-mal so gross wie bei den männlichen Teilnehmenden.

6.2 Entwicklung der Lebensqualität im öffentlichen Raum

Frage D.2: Wie hat sich die Lebensqualität im öffentlichen Raum Ihrer Gemeinde in den letzten fünf Jahren entwickelt?

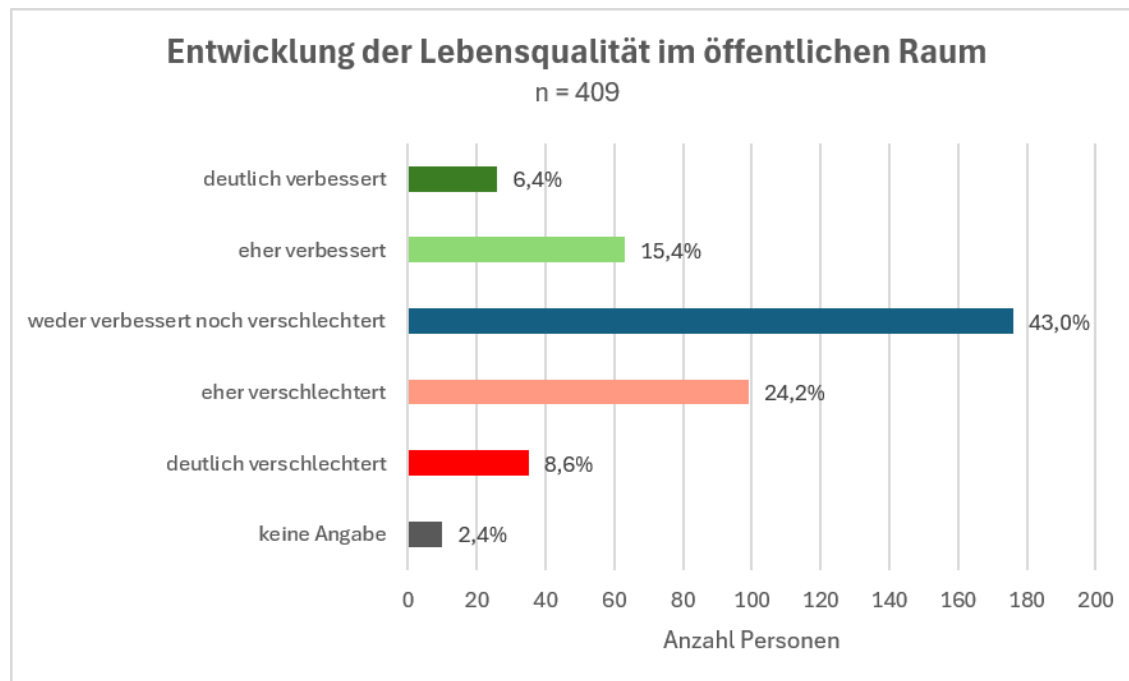


Abbildung 23: Entwicklung der Lebensqualität im öffentlichen Raum der Wohngemeinde in den letzten fünf Jahren (n = 409).

43,0 % (176 Personen) der Teilnehmenden gaben an, dass sich die Lebensqualität im öffentlichen Raum ihrer Gemeinde in den letzten fünf Jahren weder verbessert noch verschlechtert habe. 32,8 % (134 Personen) nahmen insgesamt eine Verschlechterung wahr, davon 24,2 % (99 Personen) eine eher und 8,6 % (35 Personen) eine deutliche Verschlechterung.

Eine Verbesserung nahmen insgesamt 21,8 % (89 Personen) wahr. Davon gaben 15,4 % (63 Personen) an, die Lebensqualität habe sich eher verbessert, und 6,4 % (26 Personen), sie habe sich deutlich verbessert. 2,4 % (10 Personen) machten keine Angabe.

6.3 Beeinträchtigungen der Lebensqualität im öffentlichen Raum

Frage D.3: Welche Entwicklungen beeinträchtigen Ihrer Meinung nach die Lebensqualität im öffentlichen Raum? *

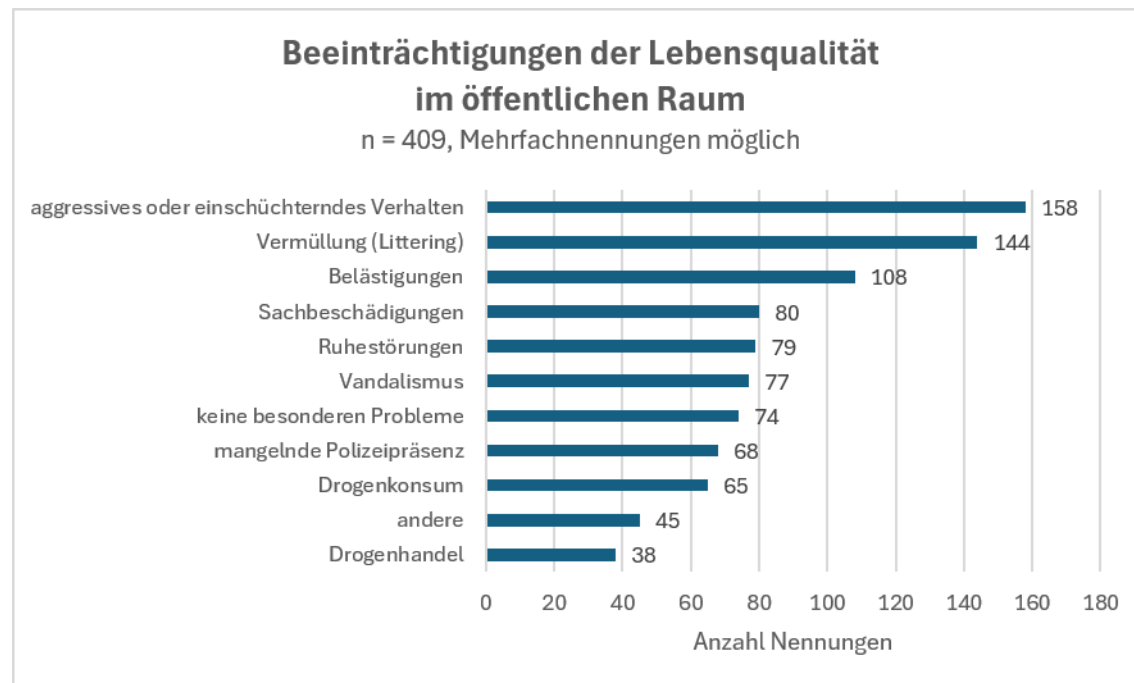


Abbildung 24: Von den Teilnehmenden genannte Entwicklungen, welche die Lebensqualität im öffentlichen Raum beeinträchtigen (n = 409; Mehrfachnennungen möglich, maximal drei Nennungen pro Person).

Am häufigsten wurde aggressives oder einschüchterndes Verhalten genannt: 158 Teilnehmende (38,6 %) wählten diese Antwort. Es folgen Vermüllung (Littering) mit 144 Nennungen (35,2 %) und Belästigungen mit 108 Nennungen (26,4 %).

Sachbeschädigungen wurden von 80 Personen (19,6 %), Ruhestörungen von 79 Personen (19,3 %) und Vandalismus von 77 Personen (18,8 %) genannt. 74 Teilnehmende (18,1 %) gaben an, keine besonderen Probleme wahrzunehmen. Weitere Nennungen entfielen auf mangelnde Polizeipräsenz mit 68 (16,6 %), Drogenkonsum mit 65 (15,9 %), andere Entwicklungen mit 45 (11,0 %) sowie Drogenhandel mit 38 Nennungen (9,3 %).

Da es sich um eine Pflichtfrage handelte, wählten alle 409 Teilnehmenden mindestens eine Antwortmöglichkeit. Pro Person waren höchstens drei Nennungen möglich; entsprechend übersteigt die Summe der Nennungen die Zahl der Teilnehmenden.

6.3.1 Weitere Beeinträchtigungen der Lebensqualität

Frage D.3.1 (Folgefrage zu D.3): Falls andere: Welche? *

Die Antwortoption «andere» wurde von 45 Teilnehmenden gewählt. Da es sich bei der Folgefrage um ein Pflichtfeld handelte, lag von allen 45 Personen eine inhaltliche Angabe vor. Die Antworten wurden gemäss der in Kapitel 2.7 beschriebenen Methodik thematisch ausgewertet. Einzelne Antworten enthalten mehrere Aspekte und konnten deshalb mehreren Themen zugeordnet werden; die nachfolgenden Häufigkeiten sind nicht addierbar.

Am häufigsten beziehen sich die zusätzlichen Angaben auf Zuwanderung, Asyl, ausländische Bevölkerung oder Integration. In 14 Antworten findet sich ein ausdrücklicher Bezug zu diesen The-

men. Die Nennungen reichen von kurzen Angaben wie «Asylmissbrauch» oder «Imigrantem» bis zu ausführlicheren Aussagen über Zuwanderung, kulturelle Unterschiede, Integration und die Einhaltung gesellschaftlicher Regeln.

Daneben spielen Verkehr und Mobilität eine wiederkehrende Rolle und werden in 10 Antworten angesprochen. Genannt werden unter anderem Durchgangs- und Autoverkehr, Verkehrslärm, Autoposer, Parkplätze, E-Scooter, Velowege und das Angebot des öffentlichen Verkehrs. In 11 Antworten werden zudem Aspekte der Gestaltung und Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums thematisiert. Dazu zählen fehlende Grünflächen und Bäume, Hitze und Versiegelung, fehlende Begegnungsorte und Freiräume sowie die bauliche Gestaltung von Ortszentren. Diese beiden Themenbereiche überschneiden sich teilweise.

Sieben Antworten beziehen sich auf Wohnkosten, soziale oder wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Genannt werden unter anderem bezahlbarer Wohnraum, steigende Kosten, Sozialabbau, gesellschaftliche Ungleichheit und wirtschaftspolitische Entwicklungen. Fünf Antworten thematisieren Polizeipräsenz, das Verhalten der Polizei oder Überwachung, wobei hier überwiegend eine als zu stark oder repressiv empfundene Präsenz kritisiert wird.

Ein Teil der Antworten greift ausserdem Aspekte auf, die bereits als vorgegebene Antwortmöglichkeiten in D.3 enthalten waren, beispielsweise Drogenkonsum, Belästigungen, Sachbeschädigungen, Vandalismus oder Littering. Dies dürfte teilweise damit zusammenhängen, dass pro Person höchstens drei Antwortmöglichkeiten gewählt werden konnten. Eine Antwort weist ausdrücklich darauf hin, dass wegen dieser Begrenzung weitere vorgegebene Kategorien im Freitext ergänzt wurden.

Insgesamt zeigen die Freitextangaben, dass die unter «andere» genannten Beeinträchtigungen über klassische Sicherheitsfragen hinausreichen. Neben Zuwanderung und gesellschaftlichem Zusammenleben werden insbesondere Verkehr, Stadt- und Freiraumgestaltung, Klima und Hitze sowie soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen angesprochen.

Ausgewählte Originalzitate

«Viel weniger grün. Die meisten Bäume wurden aus dem Stadtraum entfernt. Zuviel Durchgangsverkehr.»

«Die teurer werdenden Kosten und das wegziehen von Arbeitskollegen, sowie Freunden aufgrund der massiv überhöhten Mieten.»

«(illegale) Migration von Menschen, die sich nicht an die Regeln halten. Ich darf ja nur 3 auswählen (sonst hätte ich noch Sachbeschädigung und Littering erwähnt)»

6.4 Einordnung des öffentlichen Raums

37,7 % der Teilnehmenden geben an, aufgrund von Unsicherheit bewusst Orte im Kanton Zug zu meiden. Besonders häufig werden dabei Bahnhöfe und deren Umgebung sowie Situationen am Abend oder in der Nacht genannt. Deutlich ist auch der Unterschied zwischen den Geschlechtern: 49,7 % der weiblichen gegenüber 28,3 % der männlichen Teilnehmenden geben an, bewusst Orte zu meiden.

Die Lebensqualität im öffentlichen Raum wird von 43,0 % als unverändert wahrgenommen, während 32,8 % eine Verschlechterung und 21,8 % eine Verbesserung in den letzten fünf Jahren feststellen. Als häufigste Beeinträchtigungen werden aggressives oder einschüchterndes Verhalten, Vermüllung und Belästigungen genannt. Die zusätzlichen Freitextangaben zeigen darüber

hinaus, dass auch Zuwanderung und gesellschaftliches Zusammenleben, Verkehr, Gestaltung des öffentlichen Raums sowie soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen als Einflussfaktoren wahrgenommen werden.

7. E. Sicherheit und Kriminalität

Wie beurteilen die Teilnehmenden die Sicherheitslage und die Kriminalitätsentwicklung im Kanton Zug?

Dieses Kapitel befasst sich mit den Einschätzungen der Teilnehmenden zu Sicherheit und Kriminalität im Kanton Zug. Im Zentrum stehen die Wahrnehmung der aktuellen Sicherheitslage, die Einschätzung bestehender Herausforderungen sowie die Frage, welche Entwicklungen im Bereich der Kriminalität besonders beschäftigen.

7.1 Grösste Sorgen hinsichtlich aktueller Entwicklungen

Frage E.1: Welche Entwicklungen bereiten Ihnen derzeit die grössten Sorgen? *

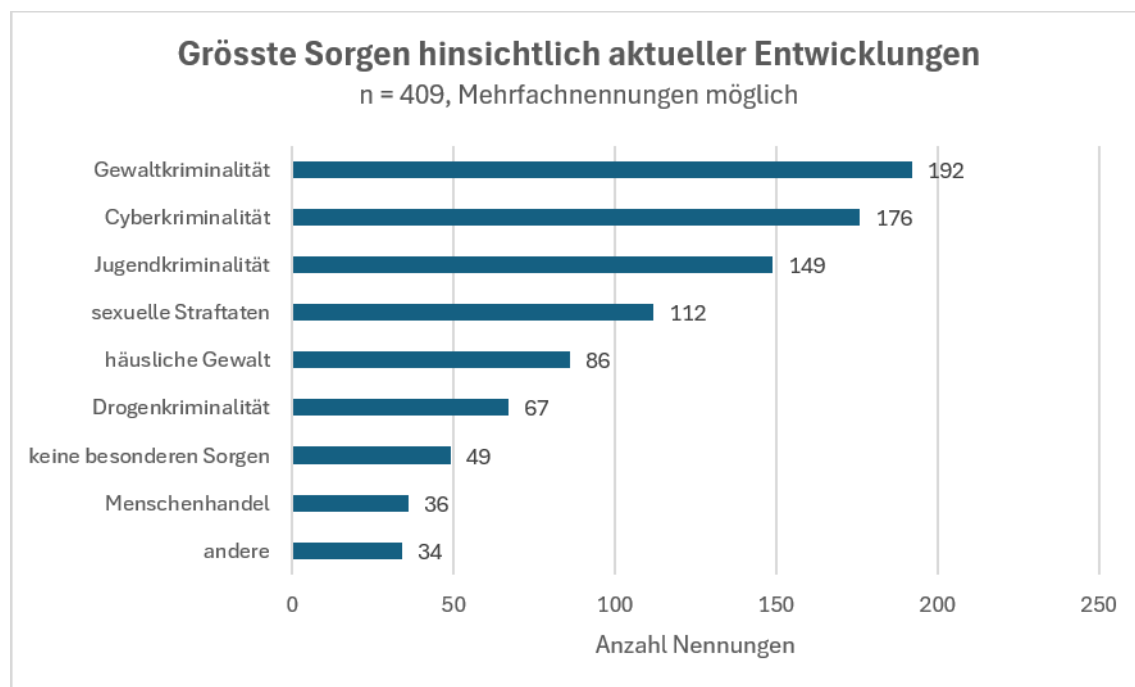


Abbildung 25: Entwicklungen, die den Teilnehmenden derzeit die grössten Sorgen bereiten (n = 409; Mehrfachnennungen möglich, mindestens eine und maximal drei Nennungen pro Person).

Am häufigsten wurde Gewaltkriminalität genannt. 192 Teilnehmende (46,9 %) wählten diese Antwort. Es folgen Cyberkriminalität mit 176 Nennungen (43,0 %) und Jugendkriminalität mit 149 Nennungen (36,4 %).

Sexuelle Straftaten wurden von 112 Personen (27,4 %) genannt, häusliche Gewalt von 86 Personen (21,0 %) und Drogenkriminalität von 67 Personen (16,4 %). 49 Teilnehmende (12,0 %) gaben an, keine besonderen Sorgen zu haben. Menschenhandel wurde von 36 Personen (8,8 %) und andere Entwicklungen von 34 Personen (8,3 %) genannt.

Da es sich um eine Pflichtfrage handelte, wählten alle 409 Teilnehmenden mindestens eine Antwortmöglichkeit. Pro Person waren höchstens drei Nennungen möglich; entsprechend übersteigt die Summe der Nennungen die Zahl der Teilnehmenden.

7.1.1 Weitere Entwicklungen, die Sorgen bereiten

Frage E.1.1 (Folgefrage zu E.1): *Falls andere: Welche?* *

Bis zum 7. Juli 2026 waren aufgrund eines technischen Fehlers zunächst nur numerische Eingaben möglich. Die ersten fünf Angaben wurden deshalb ausgeschlossen. Ausgewertet wurden 28 Freitextantworten gemäss Kapitel 2.7; Mehrfachzuordnungen waren möglich.

Am häufigsten wurden Wohnraum, hohe Lebenshaltungskosten und wirtschaftliche beziehungsweise soziale Ungleichheit angesprochen. Acht Antworten enthalten entsprechende Bezüge. Vier Antworten thematisieren Klimawandel oder Klimaerwärmung.

Mehrere Antworten betreffen zudem politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Drei nennen Rechtsextremismus, Faschismus, eine Gefährdung der Demokratie oder Polizeigewalt. Vier Antworten beziehen sich ausdrücklich auf illegale Migration, Flüchtlinge oder Ausländerkriminalität; eine weitere nennt ausländische Personen im Zusammenhang mit der Wohnungsproblematik.

Daneben werden unter anderem Wirtschaftskriminalität, Antisemitismus, Überwachung, Verkehr, Diebstahl, öffentliche Belästigung, globale politische Entwicklungen und gesellschaftlicher Egoismus genannt. Insgesamt zeigen die Antworten ein breites Spektrum zusätzlicher Sorgen, das deutlich über die vorgegebenen Kriminalitätskategorien hinausgeht.

Ausgewählte Originalzitate

«Verdrängung der Normalverdienenden durch überteuerte Wohnungen und ein deutlich gesteigertes Preisniveau»

«Gefährungen der Demokratie, Erstarkung des Rechtsextremismus»

«Klimawandel, hohe Wohnungspreise, Verlust von Arbeitsplätzen»

7.2 Beurteilung der öffentlichen Sicherheit im Kanton Zug

Frage E.2: *Wie beurteilen Sie die öffentliche Sicherheit im Kanton Zug insgesamt? **

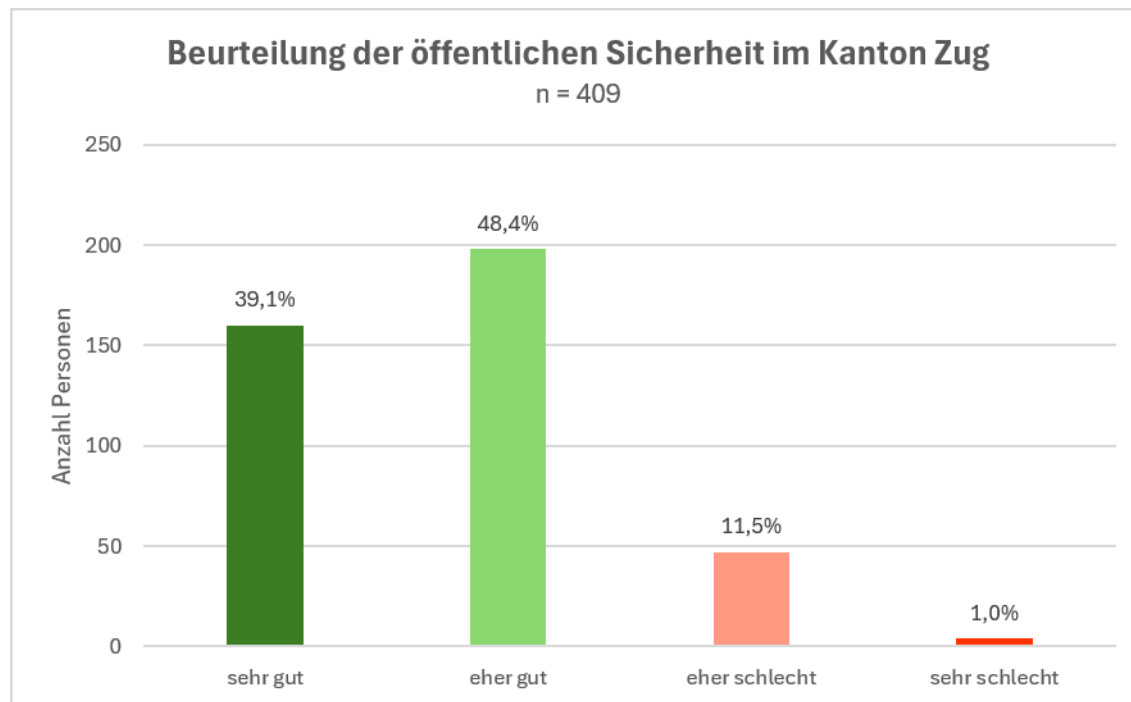


Abbildung 26: Beurteilung der öffentlichen Sicherheit im Kanton Zug insgesamt (n = 409).

Die öffentliche Sicherheit im Kanton Zug wird von der grossen Mehrheit der Teilnehmenden positiv beurteilt. 48,4 % (198 Personen) bewerten sie als eher gut und 39,1 % (160 Personen) als sehr gut. Damit beurteilen 87,5 % die öffentliche Sicherheit positiv. 11,5 % (47 Personen) stufen sie als eher schlecht und 1,0 % (4 Personen) als sehr schlecht ein.

7.3 Einschätzung der Herausforderungen im Bereich Sicherheit

Frage E.3: Wie gross schätzen Sie die Herausforderungen im Bereich Sicherheit im Kanton Zug derzeit ein? *

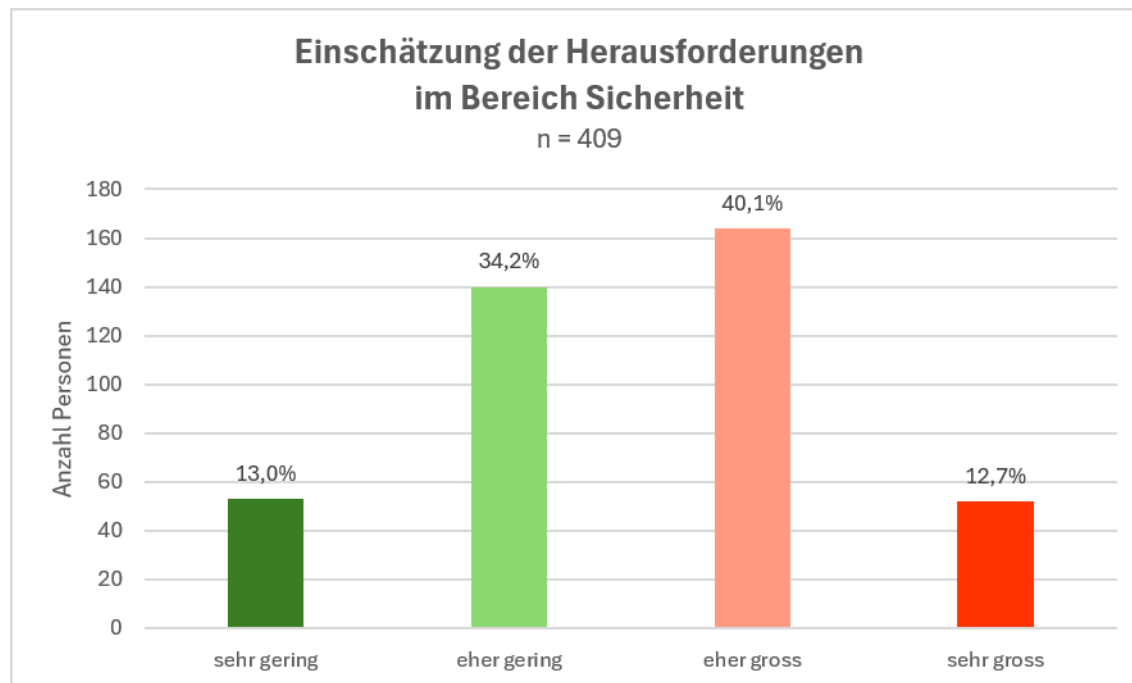


Abbildung 27: Einschätzung der Herausforderungen im Bereich Sicherheit im Kanton Zug (n = 409).

Die Herausforderungen im Bereich Sicherheit im Kanton Zug werden von einer knappen Mehrheit der Teilnehmenden als gross eingeschätzt. 40,1 % (164 Personen) bezeichnen sie als eher gross und 12,7 % (52 Personen) als sehr gross. Zusammen entspricht dies 52,8 % der Teilnehmenden.

Demgegenüber schätzen 34,2 % (140 Personen) die Herausforderungen als eher gering und 13,0 % (53 Personen) als sehr gering ein.

7.4 Einordnung von Sicherheit und Kriminalität

Die öffentliche Sicherheit im Kanton Zug wird von 87,5 % der Teilnehmenden positiv beurteilt. Gleichzeitig schätzt eine knappe Mehrheit von 52,8 % die Herausforderungen im Bereich Sicherheit als gross ein.

Bei den aktuell grössten Sorgen stehen Gewaltkriminalität, Cyberkriminalität und Jugendkriminalität im Vordergrund. Die Freitextantworten zeigen zudem, dass sich ein Teil der Sorgen auf Themen ausserhalb klassischer Kriminalitätsfelder bezieht, darunter Wohnraum, Lebenshaltungskosten, gesellschaftliche Ungleichheit, politische Entwicklungen, Migration und Klimawandel.

Damit ergibt sich ein differenziertes Bild: Die gegenwärtige Sicherheitslage wird überwiegend positiv eingeschätzt, zugleich werden verschiedene Entwicklungen als relevante oder wachsende Herausforderungen wahrgenommen.

8. F. Zuwanderung, Asyl und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wie beurteilen die Teilnehmenden Zuwanderung, Asyl, Integration und deren Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton Zug?

Dieses Kapitel befasst sich mit den Einschätzungen der Teilnehmenden zu Zuwanderung, Asyl und Integration sowie zu deren Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Im Zentrum stehen die wahrgenommene Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, migrationsbezogene Entwicklungen und die Frage, welche Bedeutung diese Themen aus Sicht der Teilnehmenden für Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt haben.

8.1 Beurteilung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung

Frage F.1: *Wie beurteilen Sie die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton Zug?* *

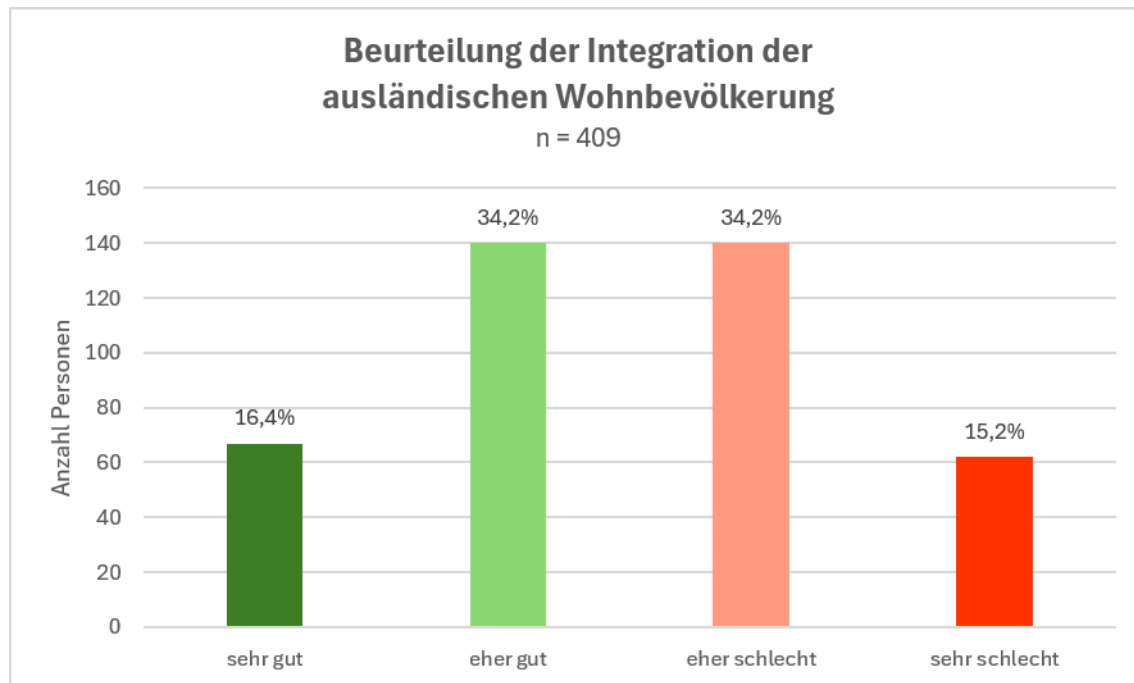


Abbildung 28: Beurteilung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton Zug (n = 409).

Die Einschätzungen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung sind nahezu ausgeglichen. Eine knappe Mehrheit von 50,6 % der Teilnehmenden beurteilt die Integration als gut: 34,2 % (140 Personen) als eher gut und 16,4 % (67 Personen) als sehr gut.

49,4 % bewerten die Integration hingegen als schlecht. Davon beurteilen 34,2 % (140 Personen) sie als eher schlecht und 15,2 % (62 Personen) als sehr schlecht.

8.2 Beurteilung der Integration von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen

Frage F.2: *Wie beurteilen Sie die Integration von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen im Kanton Zug? **

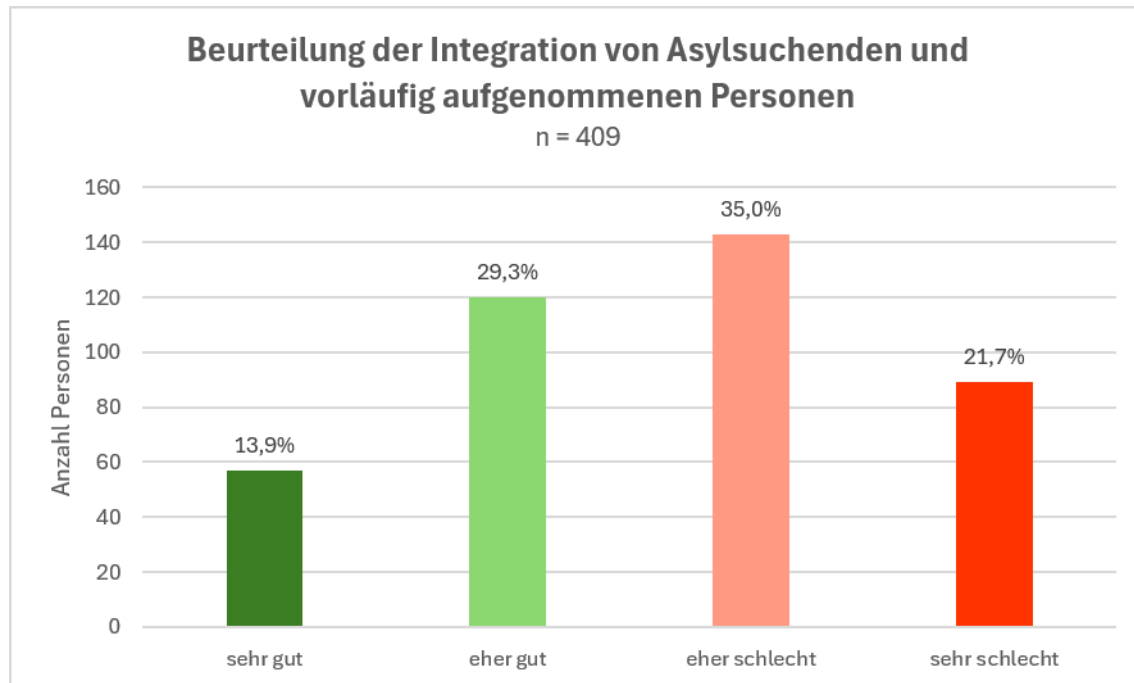


Abbildung 29: *Beurteilung der Integration von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen im Kanton Zug (n = 409).*

Eine Mehrheit von 56,7 % der Teilnehmenden beurteilt die Integration von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen als schlecht. 35,0 % (143 Personen) bewerten sie als eher schlecht und 21,7 % (89 Personen) als sehr schlecht.

43,3 % beurteilen die Integration dagegen als gut. Davon bewerten 29,3 % (120 Personen) sie als eher gut und 13,9 % (57 Personen) als sehr gut.

8.3 Einfluss des Asylwesens auf das Sicherheitsgefühl

Frage F.3: *Wie gross schätzen Sie den Einfluss des Asylwesens auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Kanton Zug ein? **

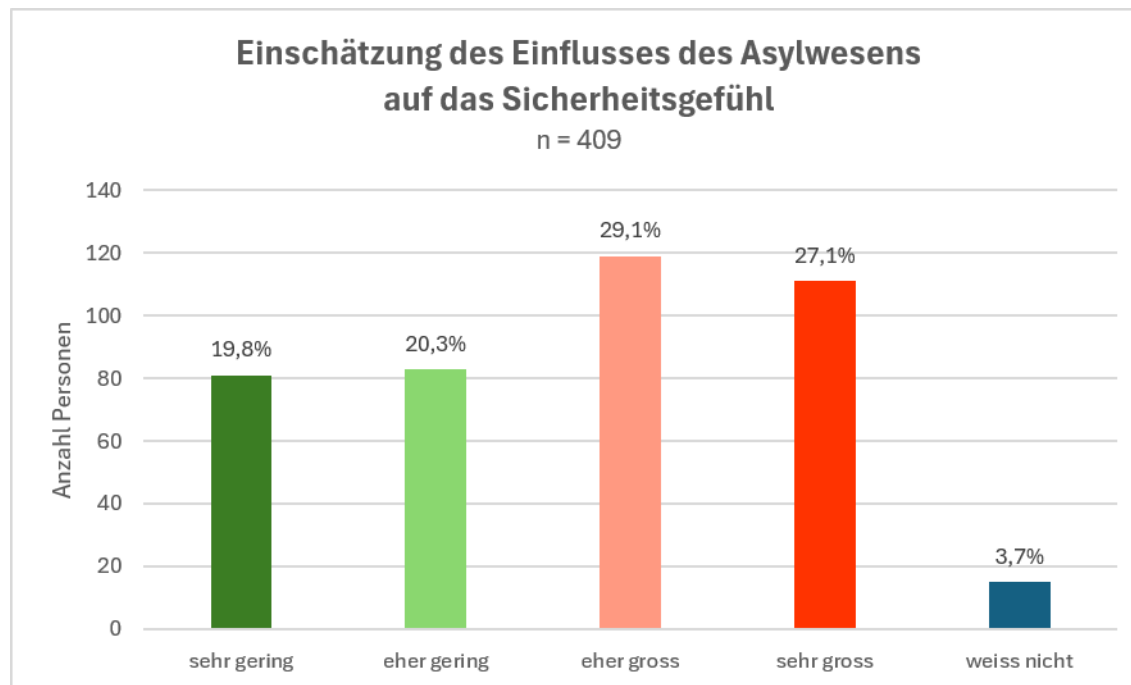


Abbildung 30: *Einschätzung des Einflusses des Asylwesens auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Kanton Zug (n = 409).*

Eine Mehrheit von 56,2 % der Teilnehmenden schätzt den Einfluss des Asylwesens auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung als gross ein. 29,1 % (119 Personen) beurteilen ihn als eher gross und 27,1 % (111 Personen) als sehr gross.

40,1 % schätzen den Einfluss dagegen als gering ein. Davon beurteilen ihn 20,3 % (83 Personen) als eher gering und 19,8 % (81 Personen) als sehr gering. 3,7 % (15 Personen) antworteten mit «weiss nicht».

8.4 Politischer Handlungsbedarf im Asylbereich

Frage F.4: Sehen Sie im Bereich Asyl politischen Handlungsbedarf im Kanton Zug? *

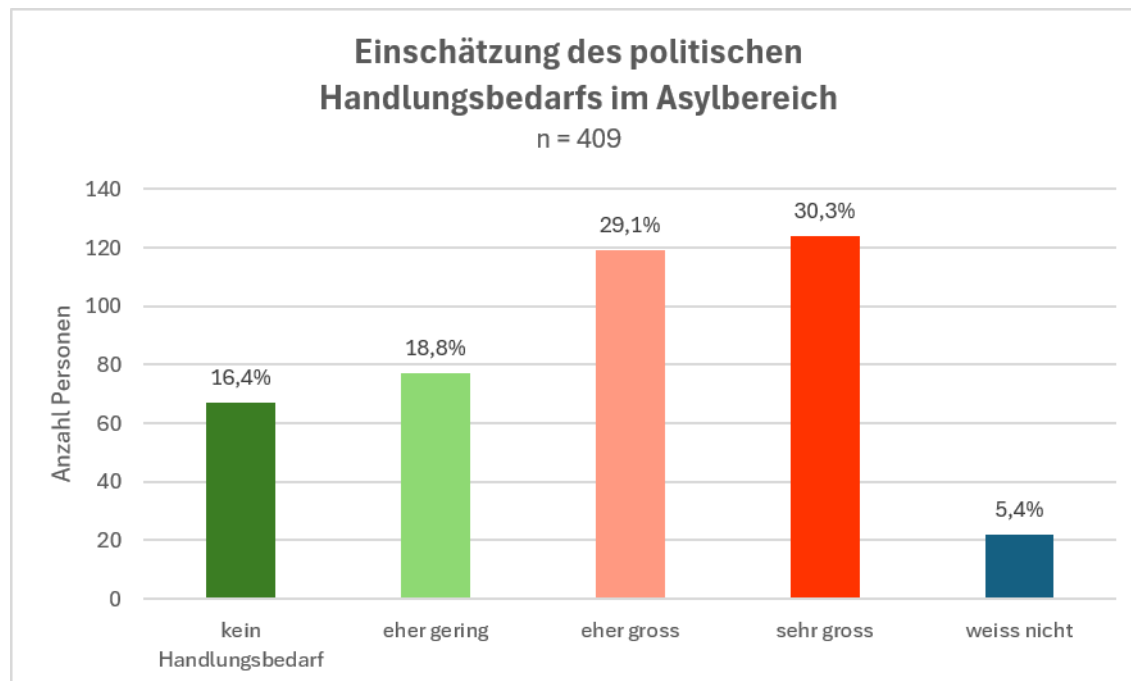


Abbildung 31: Einschätzung des politischen Handlungsbedarfs im Asylbereich im Kanton Zug (n = 409).

Eine Mehrheit von 59,4 % der Teilnehmenden sieht im Asylbereich einen grossen politischen Handlungsbedarf. 30,3 % (124 Personen) schätzen diesen als sehr gross und 29,1 % (119 Personen) als eher gross ein.

18,8 % (77 Personen) schätzen den Handlungsbedarf als eher gering ein, während 16,4 % (67 Personen) keinen Handlungsbedarf sehen. 5,4 % (22 Personen) antworteten mit «weiss nicht».

8.4.1 Bereiche mit politischem Handlungsbedarf im Asylwesen

Frage F.4.1 (Folgefrage zu F.4): *Falls Sie im Bereich Asylwesen politischen Handlungsbedarf sehen: In welchen Bereichen? **

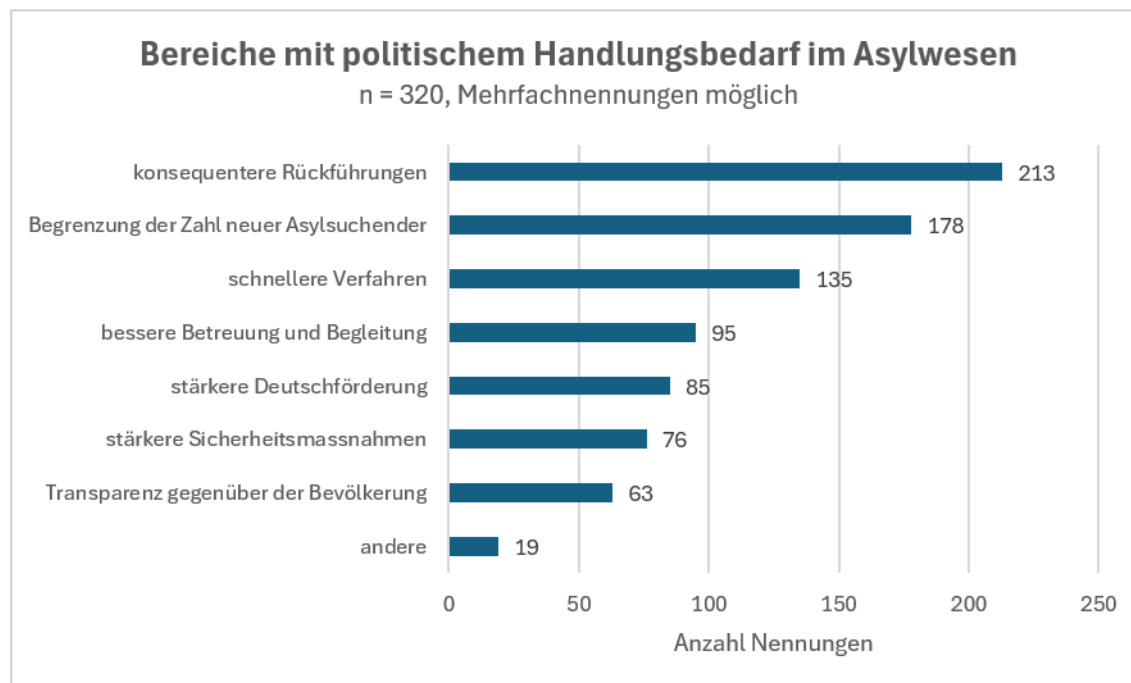


Abbildung 32: Von den Teilnehmenden genannte Bereiche mit politischem Handlungsbedarf im Asylwesen (n = 320; Mehrfachnennungen möglich, maximal drei Nennungen pro Person).

Am häufigsten wurden konsequentere Rückführungen genannt. 213 der 320 Teilnehmenden (66,6 %) wählten diese Antwort. Es folgen die Begrenzung der Zahl neuer Asylsuchender mit 178 Nennungen (55,6 %) und schnellere Verfahren mit 135 Nennungen (42,2 %).

Eine bessere Betreuung und Begleitung wurde von 95 Personen (29,7 %) genannt, eine stärkere Deutschförderung von 85 Personen (26,6 %) und stärkere Sicherheitsmassnahmen von 76 Personen (23,8 %). 63 Teilnehmende (19,7 %) wünschten sich mehr Transparenz gegenüber der Bevölkerung. Auf andere Bereiche entfielen 19 Nennungen (5,9 %).

Da pro Person höchstens drei Antworten ausgewählt werden konnten, übersteigt die Summe der Nennungen die Zahl der 320 Teilnehmenden.

8.4.2 Weitere Bereiche mit politischem Handlungsbedarf im Asylwesen

Frage F.4.1.1 (Folgefrage zu F.4.1): *Falls andere: Welche? **

Die Antwortoption «andere» wurde von 19 Teilnehmenden gewählt. Die Freitextantworten wurden gemäss der in Kapitel 2.7 beschriebenen Methodik thematisch ausgewertet; Mehrfachzuordnungen waren möglich.

Am häufigsten werden zusätzliche Massnahmen im Bereich Integration, Bildung, Sprache und Kontakt zur Bevölkerung angesprochen. Acht Antworten enthalten entsprechende Bezüge. Dazu gehören etwa Integrationsmassnahmen, Deutschförderung, Bildungsangebote sowie Möglichkeiten für einen stärkeren Austausch mit der Bevölkerung.

Sieben Antworten thematisieren eine stärkere Unterstützung oder Betreuung von Asylsuchenden. Genannt werden unter anderem bessere Unterkünfte, finanzielle und psychologische Unterstützung, Suizidprävention sowie ein humanerer Umgang. Teilweise wird auch ein Abbau von Vorurteilen beziehungsweise politischer Hetze gefordert.

Drei Antworten beziehen sich ausdrücklich auf eine stärkere Einbindung in den Arbeitsmarkt. Ebenfalls drei nennen strengere Regeln, Konsequenzen oder Rückführungen bei fehlender Integration beziehungsweise Regelverstössen. Weitere Einzelangaben betreffen die personelle Ausstattung des Asylwesens und die Vermeidung monoethnischer beziehungsweise monokultureller Enklaven. Eine Person gab an, dass aus ihrer Sicht in allen zur Auswahl stehenden Bereichen Handlungsbedarf besteht.

Insgesamt zeigen die zusätzlichen Angaben unterschiedliche Vorstellungen darüber, wo politischer Handlungsbedarf besteht. Neben Forderungen nach stärkerer Integration, Betreuung und Unterstützung werden auch Arbeitsintegration, verbindlichere Anforderungen und konsequentere Rückführungen genannt.

Ausgewählte Originalzitate

«Stärkere finanzielle wie psychologische Unterstützung der Asylsuchenden, Abbau von Vorurteilen, tiefere Kriminalisierung von Personen aufgrund ihres Aussehen (racial profiling)»

«Integrationsmassnahmen, den Menschen eine Möglichkeit geben mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten»

«Frühes und obligatorisches Eingliedern in Arbeitsprozesse. Renitente rasch zurückführen»

8.5 Beurteilung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Frage F.5: *Wie beurteilen Sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton Zug insgesamt? **

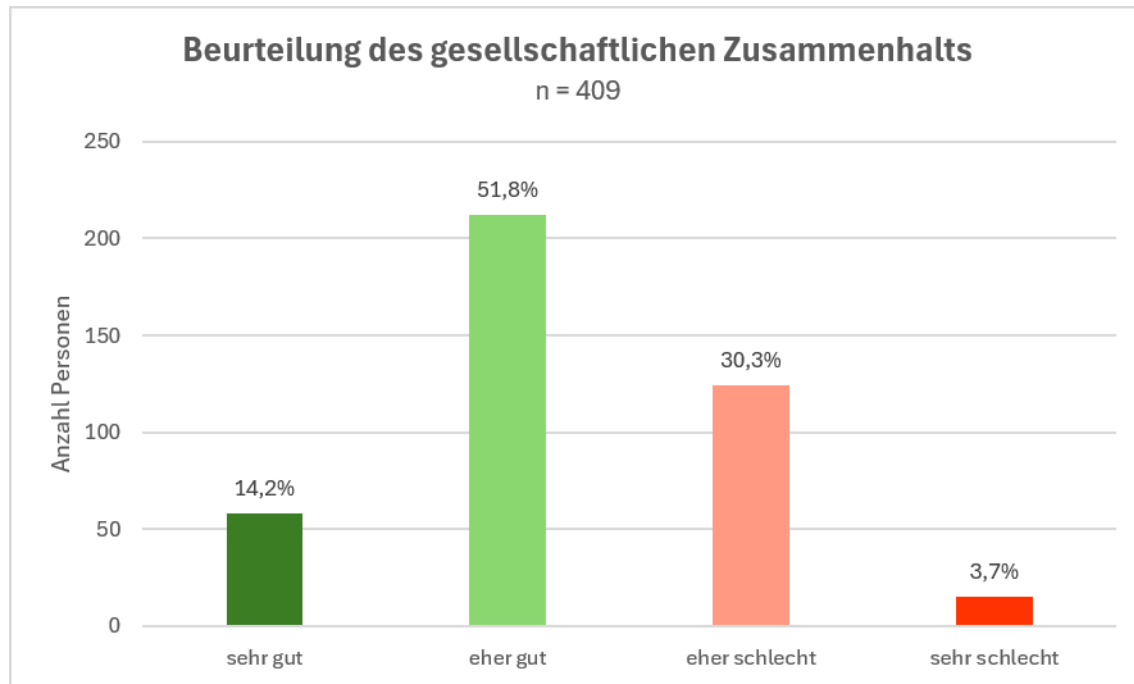


Abbildung 33: Beurteilung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kanton Zug insgesamt (n = 409).

Der gesellschaftliche Zusammenhalt im Kanton Zug wird von einer Mehrheit der Teilnehmenden positiv beurteilt. 51,8 % (212 Personen) bewerten ihn als eher gut und 14,2 % (58 Personen) als sehr gut. Damit beurteilen insgesamt 66,0 % den gesellschaftlichen Zusammenhalt als gut.

30,3 % (124 Personen) schätzen ihn als eher schlecht und 3,7 % (15 Personen) als sehr schlecht ein.

8.6 Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Frage F.6: Wie hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten fünf Jahren entwickelt? *

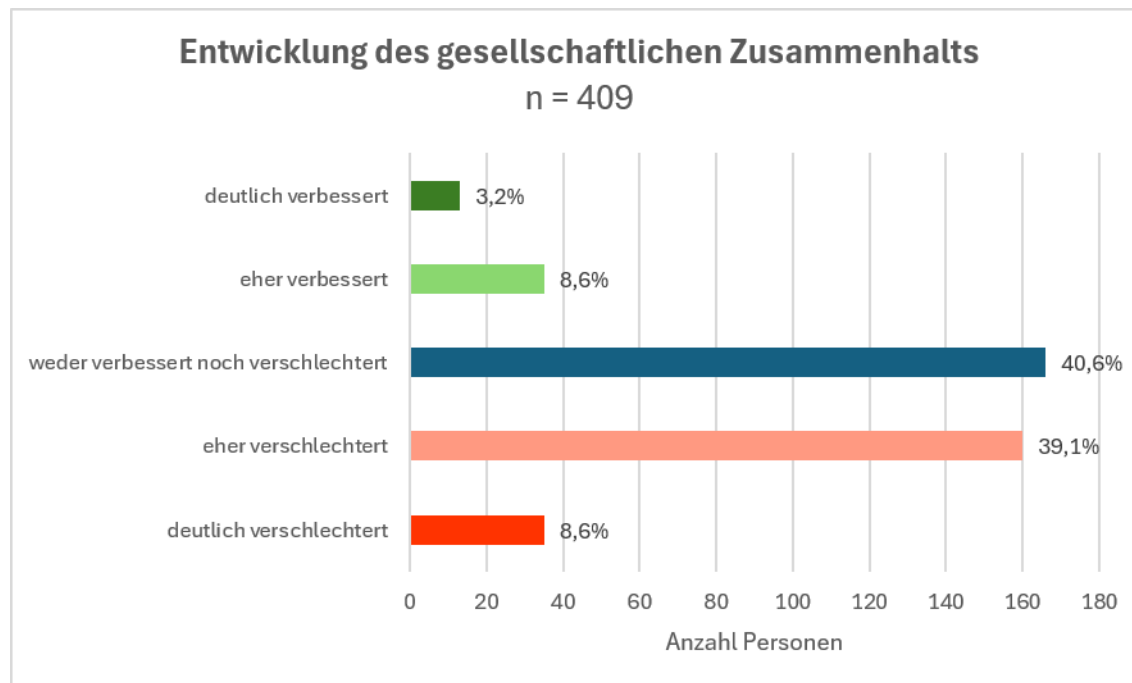


Abbildung 34: Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kanton Zug in den letzten fünf Jahren (n = 409).

47,7 % (195 Personen) der Teilnehmenden nehmen eine Verschlechterung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den letzten fünf Jahren wahr. 39,1 % (160 Personen) beurteilen die Entwicklung als eher verschlechtert und 8,6 % (35 Personen) als deutlich verschlechtert.

40,6 % (166 Personen) sehen weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung. Eine Verbesserung nehmen 11,7 % (48 Personen) wahr: 8,6 % (35 Personen) beurteilen den gesellschaftlichen Zusammenhalt als eher verbessert und 3,2 % (13 Personen) als deutlich verbessert.

8.7 Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen

Frage F.7: *Wie gut gelingt aus Ihrer Sicht das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Kanton Zug? **

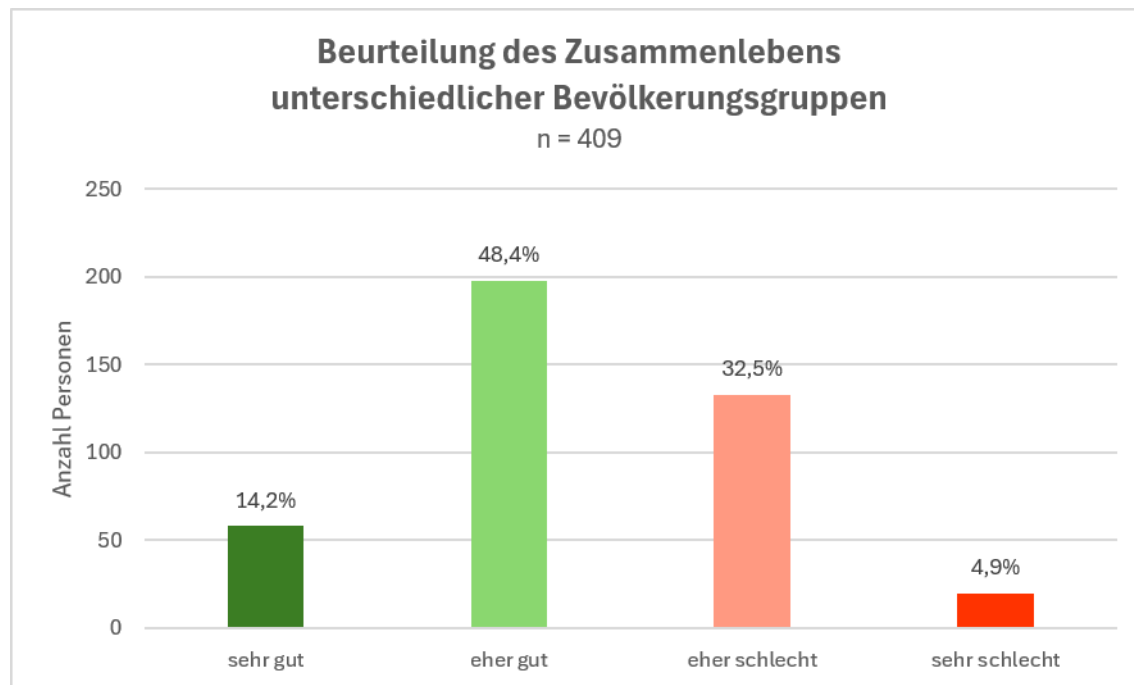


Abbildung 35: Beurteilung des Zusammenlebens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Kanton Zug (n = 409).

Das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Kanton Zug wird von einer Mehrheit der Teilnehmenden positiv beurteilt. 48,4 % (198 Personen) bewerten es als eher gut und 14,2 % (58 Personen) als sehr gut. Damit beurteilen 62,6 % das Zusammenleben insgesamt als gut.

32,5 % (133 Personen) schätzen das Zusammenleben als eher schlecht und 4,9 % (20 Personen) als sehr schlecht ein.

8.8 Einordnung von Zuwanderung, Asyl und gesellschaftlichem Zusammenhalt

Die Einschätzungen zu Integration und Asyl fallen innerhalb der Stichprobe unterschiedlich aus. Die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wird mit 50,6 % knapp mehrheitlich positiv beurteilt, während 56,7 % die Integration von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen als schlecht bewerten. 56,2 % schreiben dem Asylwesen einen grossen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu. Gleichzeitig sehen 59,4 % einen grossen politischen Handlungsbedarf im Asylbereich. Unter den 320 Teilnehmenden, die Handlungsbedarf angaben, wurden insbesondere konsequentere Rückführungen, eine Begrenzung der Zahl neuer Asylsuchender und schnellere Verfahren genannt.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gegenwärtig von 66,0 % der Teilnehmenden als gut beurteilt, und 62,6 % bewerten auch das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen positiv. Gleichzeitig nehmen 47,7 % eine Verschlechterung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

in den vergangenen fünf Jahren wahr, während 11,7 % eine Verbesserung wahrnehmen. Damit zeigt sich innerhalb der Stichprobe eine überwiegend positive Beurteilung des gegenwärtigen Zusammenlebens, verbunden mit einer verbreiteten Wahrnehmung, dass sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in den vergangenen Jahren verschlechtert habe.

9. G. Vertrauen

Wie gross ist das Vertrauen der Teilnehmenden in die Polizei und die Behörden im Kanton Zug?

Dieses Kapitel befasst sich mit dem Vertrauen der Teilnehmenden in die Polizei sowie in die Behörden im Kanton Zug. Untersucht wird, wie stark dieses Vertrauen ausgeprägt ist und welche Unterschiede sich zwischen den abgefragten Bereichen zeigen.

9.1 Vertrauen in die Zuger Polizei

Frage G.1: *Wie gross ist Ihr Vertrauen in die Zuger Polizei? **

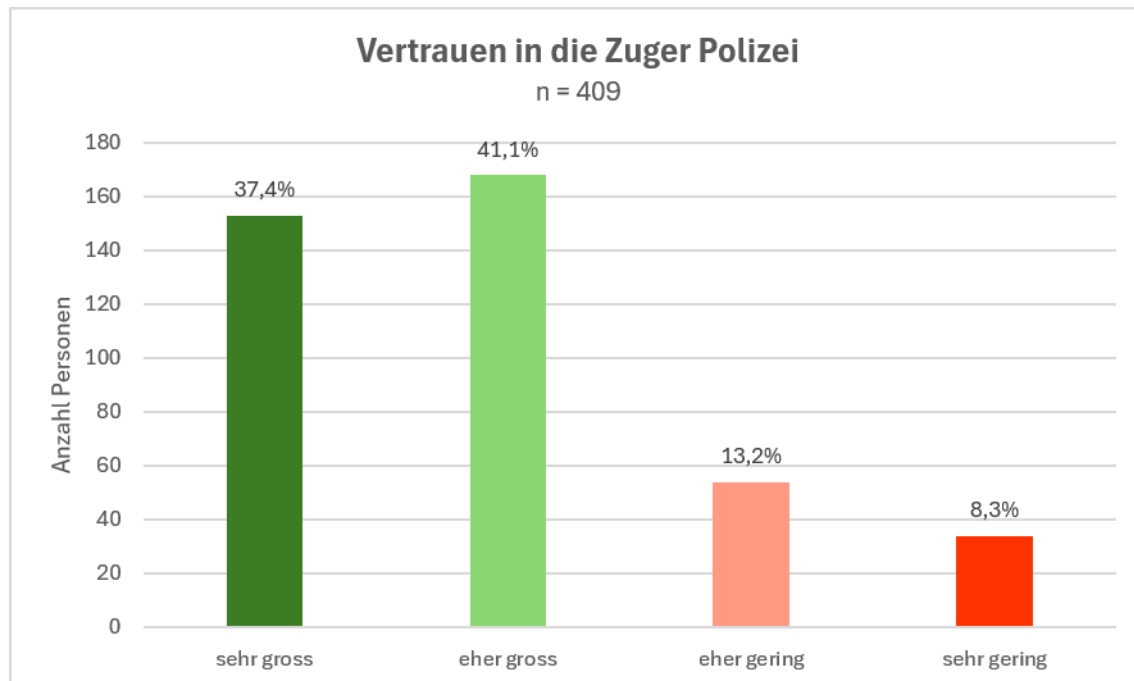


Abbildung 36: Vertrauen der Teilnehmenden in die Zuger Polizei (n = 409).

Das Vertrauen in die Zuger Polizei ist bei einer deutlichen Mehrheit der Teilnehmenden gross. 41,1 % (168 Personen) geben ein eher grosses und 37,4 % (153 Personen) ein sehr grosses Vertrauen an. Damit verfügen 78,5 % der Teilnehmenden über ein grosses Vertrauen in die Zuger Polizei.

13,2 % (54 Personen) schätzen ihr Vertrauen als eher gering und 8,3 % (34 Personen) als sehr gering ein.

9.2 Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit

Frage G.2: Wie gross ist Ihr Vertrauen in die Zuger Behörden, die Sicherheit im Kanton Zug wirksam zu gewährleisten? * *

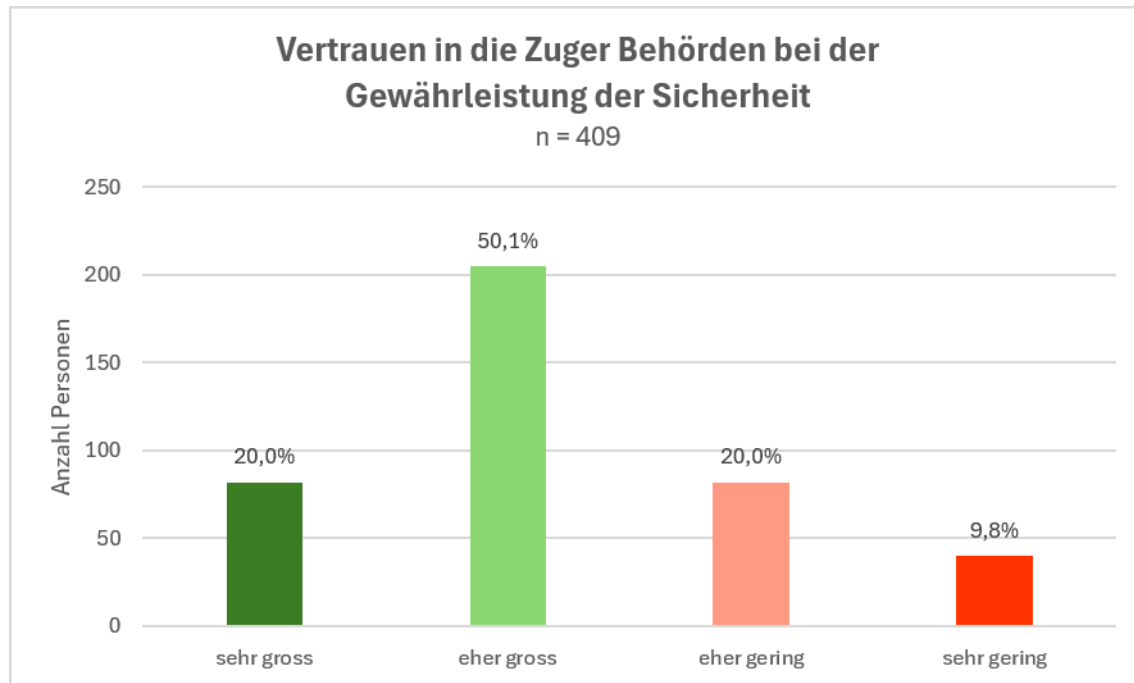


Abbildung 37: Vertrauen der Teilnehmenden in die Zuger Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit im Kanton Zug (n = 409).

Das Vertrauen in die Zuger Behörden, die Sicherheit im Kanton wirksam zu gewährleisten, ist bei einer deutlichen Mehrheit der Teilnehmenden gross. 50,1 % (205 Personen) geben ein eher grosses und 20,0 % (82 Personen) ein sehr grosses Vertrauen an. Damit verfügen 70,2 % der Teilnehmenden über ein grosses Vertrauen in die Zuger Behörden in diesem Bereich.

20,0 % (82 Personen) schätzen ihr Vertrauen als eher gering und 9,8 % (40 Personen) als sehr gering ein.

9.3 Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit

Frage G.3: Wie gross ist Ihr Vertrauen in die Zuger Behörden, Herausforderungen im Bereich Asyl wirksam zu bewältigen? *

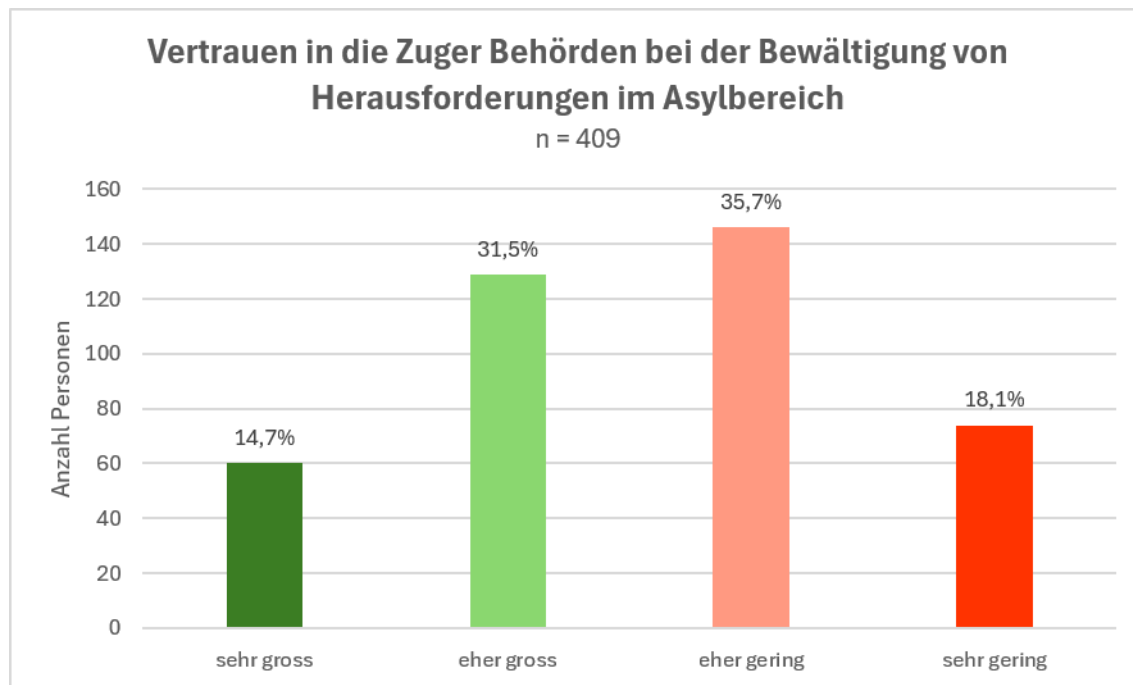


Abbildung 38: Vertrauen der Teilnehmenden in die Zuger Behörden bei der Bewältigung von Herausforderungen im Asylbereich (n = 409).

Das Vertrauen in die Zuger Behörden, Herausforderungen im Asylbereich wirksam zu bewältigen, fällt zurückhaltender aus als bei den vorangehenden Vertrauensfragen. 35,7 % (146 Personen) geben ein eher geringes und 18,1 % (74 Personen) ein sehr geringes Vertrauen an. Damit schätzen 53,8 % der Teilnehmenden ihr Vertrauen als gering ein.

Demgegenüber geben 31,5 % (129 Personen) ein eher grosses und 14,7 % (60 Personen) ein sehr grosses Vertrauen an. Insgesamt verfügen damit 46,2 % über ein grosses Vertrauen in die Zuger Behörden in diesem Bereich.

9.4 Einordnung des Vertrauens

Das Vertrauen in die Zuger Polizei ist innerhalb der Stichprobe besonders hoch: 78,5 % der Teilnehmenden geben ein grosses oder sehr grosses Vertrauen an. Auch den Zuger Behörden wird bei der Gewährleistung der Sicherheit mehrheitlich vertraut; der entsprechende Anteil liegt bei 70,2 %.

Deutlich anders fällt das Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Bewältigung von Herausforderungen im Asylbereich aus. Hier verfügt eine Mehrheit von 53,8 % der Teilnehmenden über ein geringes oder sehr geringes Vertrauen; 46,2 % geben dagegen ein grosses oder sehr grosses Vertrauen an. Der Anteil mit grossem Vertrauen liegt damit 24,0 Prozentpunkte tiefer als bei der allgemeinen Gewährleistung der Sicherheit und 32,3 Prozentpunkte tiefer als beim Vertrauen in die Zuger Polizei.

Insgesamt zeigt sich damit ein hohes Vertrauen in die Zuger Polizei und mehrheitliches Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Gewährleistung der Sicherheit. Im Asylbereich kehrt sich dieses Bild jedoch um: Eine Mehrheit der Teilnehmenden gibt hier ein geringes Vertrauen in die Zuger Behörden an.

10. H. Politische Prioritäten

Welche politischen Massnahmen und Handlungsfelder haben aus Sicht der Teilnehmenden derzeit besondere Priorität?

Dieses Kapitel befasst sich mit den politischen Prioritäten der Teilnehmenden für den Kanton Zug. Im Zentrum steht die Frage, welchen Massnahmen und Handlungsfeldern aus ihrer Sicht besondere Bedeutung zukommt und wo sie politischen Handlungsbedarf sehen.

10.1 Politische Prioritäten für den Kanton Zug

Frage H.1: *Welchen drei Bereichen sollte der Kanton Zug in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen? **



Abbildung 39: Von den Teilnehmenden genannte Bereiche, denen der Kanton Zug in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen sollte ($n = 409$; Mehrfachnennungen möglich, maximal drei Nennungen pro Person).

Mit deutlichem Abstand am häufigsten wurde Wohnraum genannt. 303 Teilnehmende (74,1 %) wählten diesen Bereich. Es folgen das Asylwesen mit 177 Nennungen (43,3 %) und die öffentliche Sicherheit mit 152 Nennungen (37,2 %).

Umwelt wurde von 103 Personen (25,2 %) genannt, Gesundheitswesen von 100 (24,4 %), Verkehr von 99 (24,2 %), Bildung von 96 (23,5 %) und Integration von 95 Personen (23,2 %). Deutlich seltener wurden Wirtschaft mit 33 Nennungen (8,1 %) und Steuern mit 21 Nennungen (5,1 %) ausgewählt.

Da es sich um eine Pflichtfrage handelte, wählten alle 409 Teilnehmenden mindestens einen Bereich. Pro Person waren höchstens drei Nennungen möglich; entsprechend übersteigt die Summe der Nennungen die Zahl der Teilnehmenden.

10.2 Prioritär zu prüfende Massnahme

Frage H.2: *Welche konkrete Massnahme sollte der Kanton Zug prioritär prüfen, um Sicherheit und Lebensqualität zu stärken? **

Für diese Frage lagen 203 Freitextantworten vor. Die Antworten wurden gemäss der in Kapitel 2.7 beschriebenen Methodik thematisch ausgewertet. Einzelne Antworten konnten mehreren Themen zugeordnet werden.

Besonders häufig wird die Wohnraumsituation angesprochen. In rund 70 Antworten finden sich Forderungen nach bezahlbarem oder preisgünstigem Wohnraum, einer stärkeren Förderung von Wohnbaugenossenschaften oder einer stärkeren Berücksichtigung des Mittelstands und der einheimischen Bevölkerung auf dem Wohnungsmarkt.

Einen weiteren grossen Themenbereich bilden Zuwanderung, Asyl und Integration. Mehr als 70 Antworten enthalten entsprechende Bezüge. Die vorgeschlagenen Massnahmen reichen von einer Begrenzung der Zuwanderung, konsequenteren Rückführungen und strengeren Anforderungen bis zu einer stärkeren Integration, besseren Deutschkenntnissen, Arbeitsmöglichkeiten und mehr gesellschaftlichem Austausch. Auch die Integration von Expats wird wiederholt thematisiert.

Rund 40 Antworten betreffen die Polizei, Kontrollen oder andere Massnahmen zur Durchsetzung der öffentlichen Sicherheit. Besonders häufig wird eine stärkere Polizeipräsenz gefordert, teilweise gezielt an Bahnhöfen, Schulen oder anderen als problematisch wahrgenommenen Orten. Daneben werden unter anderem mehr Kontrollen, Videoüberwachung und eine konsequentere Strafverfolgung genannt. Einzelne Antworten fordern hingegen eine geringere Polizeipräsenz oder eine stärkere Kontrolle der Polizei selbst.

Weitere wiederkehrende Themen sind Verkehr und Mobilität, Klima- und Umweltschutz, Grün- und Begegnungsräume sowie Bildung, Gesundheit und soziale Unterstützung. Insgesamt zeigen die Antworten ein breites Verständnis von Sicherheit und Lebensqualität, das neben Kriminalität und staatlicher Sicherheit auch Wohnen, gesellschaftliches Zusammenleben und die Gestaltung der Lebensbedingungen im Kanton Zug umfasst.

Ausgewählte Originalzitate

«Mehr Polizeipräsenz an Hotspots und mehr bezahlbarer Wohnraum für junge Zuger und Mittelstand.»

«Qualitativ hochwertige integration von asylsuchenden sodass sie der Gesellschaft und wirtschaft langfristig nutzen bringen und sich auch wohlfühlen können, zusammenarbeit fördern, gruppierungen vermindern.»

«Bezahlbarer Wohnraum schaffen durch Genossenschaften, Klimawandel begegnen mit Begrünung und Ausbau von ÖV, Sensibilisierungskampagne häusliche Gewalt, die auch CH-Männer anspricht.»

10.3 Einordnung der politischen Prioritäten

Bei den politischen Prioritäten steht der Wohnraum deutlich an erster Stelle. 74,1 % der Teilnehmenden zählen ihn zu den Bereichen, denen der Kanton Zug in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen sollte. Dahinter folgen das Asylwesen mit 43,3 % und die öffentliche Sicherheit mit 37,2 %.

Die Freitextantworten zu konkret zu prüfenden Massnahmen bestätigen dieses Bild. Besonders häufig werden bezahlbarer Wohnraum, Zuwanderung und Asyl sowie eine stärkere Polizeipräsenz oder konsequentere Durchsetzung der öffentlichen Sicherheit genannt. Daneben werden wiederholt Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Klima und Umwelt, Bildung, Gesundheit und soziale Unterstützung vorgeschlagen.

Insgesamt zeigt sich, dass die politischen Prioritäten der Teilnehmenden deutlich über klassische Sicherheitsfragen hinausreichen. Sicherheit und Lebensqualität werden eng mit Wohnraum, gesellschaftlichem Zusammenleben, Zuwanderung sowie den allgemeinen Lebensbedingungen im Kanton Zug verknüpft.

11. I. Zukunft

Wie blicken die Teilnehmenden auf die zukünftige Entwicklung von Sicherheit und Lebensqualität im Kanton Zug?

Dieses Kapitel befasst sich mit den Erwartungen der Teilnehmenden an die kommenden Jahre. Im Zentrum stehen ihre Einschätzungen dazu, wie sich Sicherheit und Lebensqualität künftig entwickeln könnten und welche Entwicklungen sie dabei besonders beschäftigen.

11.1 Erwartete Entwicklung der Sicherheit

Frage I.1: *Wie wird sich die Sicherheit im Kanton Zug Ihrer Meinung nach in den nächsten fünf Jahren entwickeln? **

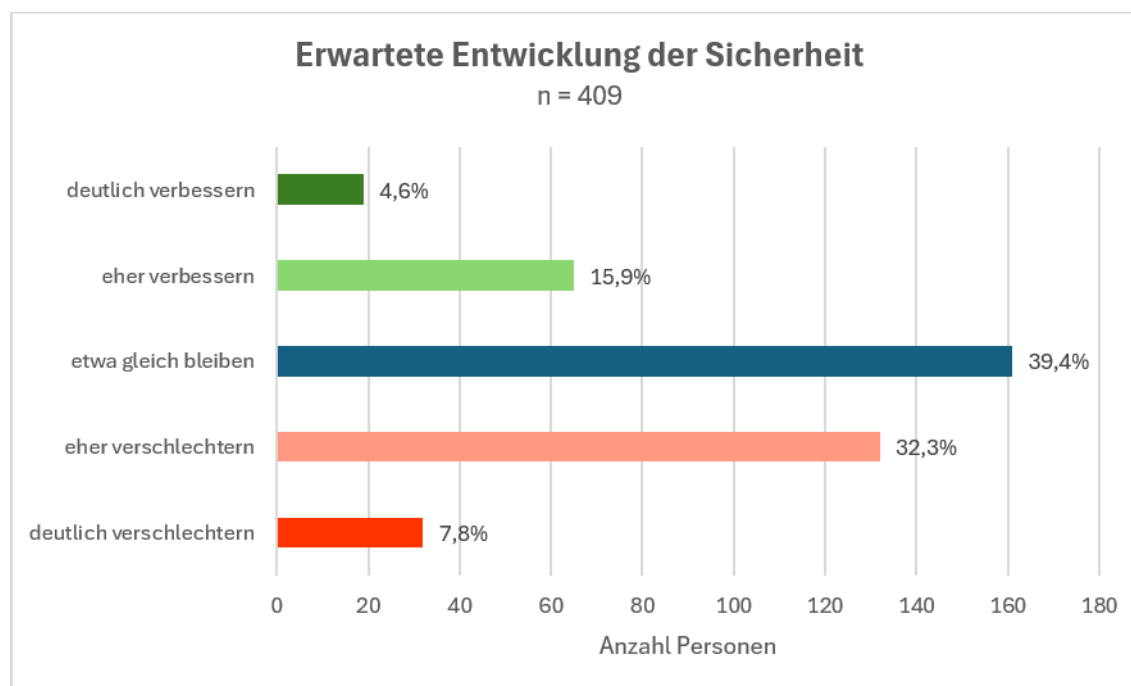


Abbildung 40: Erwartete Entwicklung der Sicherheit im Kanton Zug in den nächsten fünf Jahren (n = 409).

40,1 % (164 Personen) der Teilnehmenden erwarten, dass sich die Sicherheit im Kanton Zug in den nächsten fünf Jahren verschlechtern wird. 32,3 % (132 Personen) gehen von einer eher und 7,8 % (32 Personen) von einer deutlichen Verschlechterung aus.

39,4 % (161 Personen) erwarten, dass die Sicherheitslage etwa gleich bleiben wird. Eine Verbesserung erwarten 20,5 % (84 Personen): 15,9 % (65 Personen) gehen von einer eher und 4,6 % (19 Personen) von einer deutlichen Verbesserung aus.

11.2 Gesamtausblick auf die Entwicklung des Kantons Zug

Frage I.2: *Wie blicken Sie insgesamt auf die zukünftige Entwicklung des Kantons Zug? **

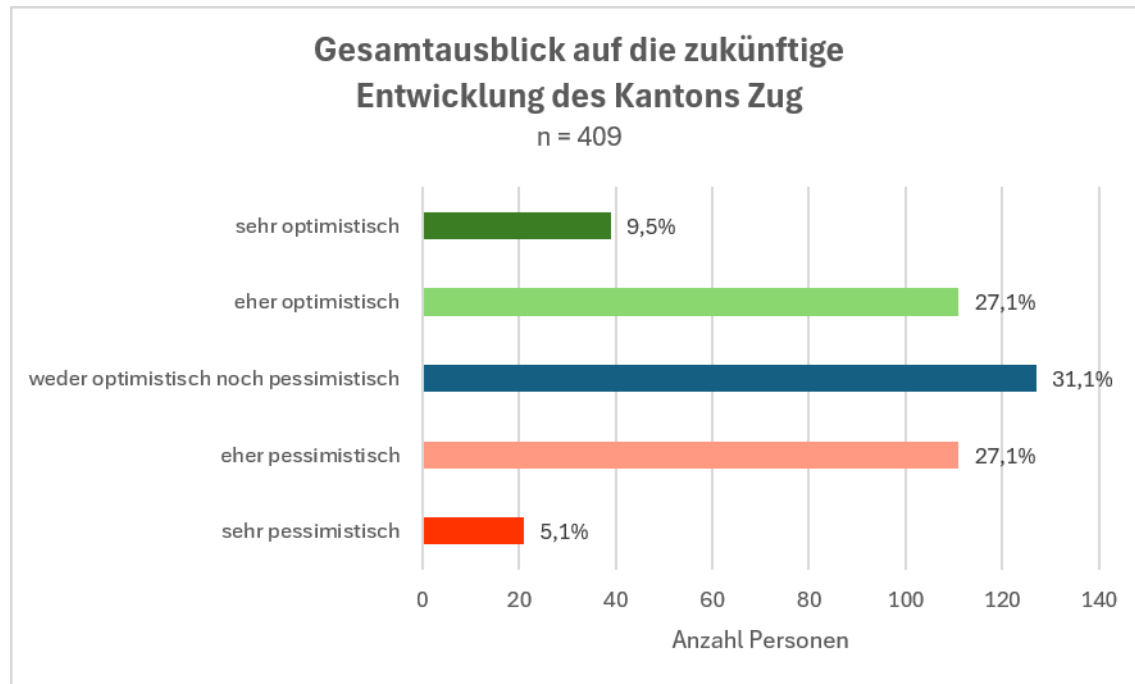


Abbildung 41: Gesamtausblick der Teilnehmenden auf die zukünftige Entwicklung des Kantons Zug (n = 409).

31,1 % (127 Personen) der Teilnehmenden beurteilen die zukünftige Entwicklung des Kantons Zug weder optimistisch noch pessimistisch. 27,1 % (111 Personen) sind eher optimistisch und 9,5 % (39 Personen) sehr optimistisch. Insgesamt ergibt sich damit ein optimistischer Anteil von 36,6 %.

27,1 % (111 Personen) beurteilen die zukünftige Entwicklung eher pessimistisch und 5,1 % (21 Personen) sehr pessimistisch. Insgesamt entspricht dies einem pessimistischen Anteil von 32,3 %.

11.3 Einordnung der Zukunftserwartungen

Die Erwartungen zur zukünftigen Entwicklung der Sicherheit fallen eher zurückhaltend aus. 40,1 % der Teilnehmenden rechnen in den nächsten fünf Jahren mit einer Verschlechterung der Sicherheitslage, während 20,5 % eine Verbesserung erwarten. 39,4 % gehen davon aus, dass die Situation etwa gleich bleiben wird.

Beim Gesamtausblick auf die zukünftige Entwicklung des Kantons Zug zeigt sich ein ausgeglicheneres Bild. 36,6 % der Teilnehmenden äussern sich optimistisch, 32,3 % pessimistisch und 31,1 % weder optimistisch noch pessimistisch.

Damit fällt die Einschätzung der zukünftigen Sicherheitsentwicklung negativer aus als der allgemeine Ausblick auf den Kanton Zug. Trotz der verbreiteten Erwartung einer Verschlechterung im Bereich Sicherheit überwiegt beim Gesamtausblick der Anteil der optimistischen gegenüber den pessimistischen Einschätzungen leicht.

12. J. Schlussfrage

Welche weiteren Anliegen, Erfahrungen oder Hinweise möchten die Teilnehmenden zum Abschluss einbringen?

Dieses Kapitel gibt den Teilnehmenden abschliessend die Möglichkeit, Themen anzusprechen, die in den vorangehenden Fragen nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die Freitextantworten ergänzen die standardisierten Auswertungen um weitere persönliche Einschätzungen, Anregungen und Kritikpunkte.

12.1 Abschliessende Mitteilungen

Frage J.1: *Möchten Sie uns noch etwas mitteilen?*

Für die Schlussfrage gingen 178 Einträge ein. Ein Teil davon bestand aus kurzen Antworten ohne weiterführenden Inhalt, beispielsweise «Nein», während andere Teilnehmende ausführliche Rückmeldungen, Kritik oder zusätzliche Anliegen formulierten. Die Antworten wurden gemäss der in Kapitel 2.7 beschriebenen Methodik thematisch ausgewertet. Einzelne Antworten konnten mehreren Themen zugeordnet werden.

Ein besonders grosser Teil der Rückmeldungen bezieht sich auf die Befragung selbst. 22 Teilnehmende äusserten sich ausdrücklich positiv zur Umfrage beziehungsweise zu ihrer Durchführung, beispielsweise durch Dank, Lob für die Initiative oder die Einschätzung, die Befragung sei gut oder wertvoll. Gleichzeitig äusserten rund 30 Teilnehmende Kritik an Konzeption, Fragestellung oder thematischer Gewichtung. Wiederholt wurde die Befragung als tendenziös, suggestiv, einseitig oder rassistisch beziehungsweise teilweise rassistisch bezeichnet. Besonders kritisiert wurden die starke Gewichtung von Asyl und Migration, einzelne Frageformulierungen sowie die Auswahl der Antwortmöglichkeiten.

Inhaltlich wird erneut besonders häufig die Wohnraumsituation angesprochen. Rund 30 Antworten thematisieren hohe Mieten, fehlenden bezahlbaren Wohnraum, die Situation des Mittelstands oder die Wahrnehmung, dass Einheimische zunehmend aus dem Kanton verdrängt würden. Teilweise wird dies mit dem Zuzug wohlhabender Personen oder von Expats sowie mit der Steuer- und Wachstumspolitik des Kantons in Verbindung gebracht.

Ebenfalls wiederkehrend sind Zuwanderung, Asyl und Integration. Die Positionen fallen dabei deutlich unterschiedlich aus. Ein Teil der Antworten fordert weniger Zuwanderung, konsequentere Rückführungen oder strengere Anforderungen an Integration und Sprachkenntnisse. Andere Teilnehmende wenden sich ausdrücklich gegen eine Verknüpfung von Asyl und Sicherheit, fordern stärkere Integrationsmassnahmen oder kritisieren eine aus ihrer Sicht bestehende Stigmatisierung von Asylsuchenden.

Auch Sicherheit, Kriminalität und Polizeipräsenz werden mehrfach angesprochen. Genannt werden unter anderem der Wunsch nach mehr Polizeipräsenz und Kontrollen, konsequenterer Strafverfolgung und Massnahmen gegen Gewalt- und Kleinkriminalität. Daneben finden sich kritische Einschätzungen gegenüber Polizei und Behörden sowie Stimmen, welche die Sicherheitslage im Kanton grundsätzlich positiv beurteilen und vor einer Ausweitung der Überwachung warnen.

Weitere Rückmeldungen betreffen unter anderem Verkehr und Verkehrssicherheit, Bildung, soziale Unterstützung, häusliche und sexualisierte Gewalt, Rechtsextremismus, Klima und Umwelt sowie das Bevölkerungswachstum und die allgemeine Entwicklung des Kantons. Insgesamt zeigen die Schlussantworten damit eine grosse thematische Bandbreite. Gleichzeitig wird deutlich, dass auch die Befragung selbst von den Teilnehmenden unterschiedlich und teilweise sehr gegensätzlich beurteilt wurde.

Ausgewählte Originalzitate

«Danke für die Umfrage. Es ist wichtig, der Bevölkerung direkt Gehör zu verschaffen und ihre Anliegen ernst zu nehmen.»

«Die Umfrage empfinde ich in gewissen Punkten als tendenziös und rassistisch. Man hat das Gefühl, dass man bewusst auf gewisse Punkte gelenkt werden soll.»

«ich bin sprachlos. schämen sie sich kein bisschen?»

«Ich möchte wieder ohne Ängste beim eindämmernd Abends nach Hause kommen.»

«Bezahlbarer Wohnraum sowie Alterswohnungen sind ein zentraler Faktor für die Lebensqualität.»

«Zug hat einen extrem hohen Lebensstandard und ich fühle mich sicher und Wohl hier. Wir brauchen keinen Überwachungsstaat.»

13. Fazit

Die Version 1.0 des Zuger Sicherheitsmonitors 2026 zeigt innerhalb der untersuchten Stichprobe ein differenziertes Bild. Die gegenwärtige öffentliche Sicherheit wird von 87,5 % der Teilnehmenden positiv beurteilt. Gleichzeitig erwarten 40,1 % in den kommenden fünf Jahren eine Verschlechterung der Sicherheit. 37,7 % geben zudem an, bestimmte Orte im Kanton Zug aufgrund von Unsicherheit bewusst zu meiden.

Bei Zuwanderung, Asyl und gesellschaftlichem Zusammenhalt fallen die Einschätzungen teilweise geteilt aus. Das gegenwärtige Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wird mehrheitlich positiv beurteilt, zugleich nimmt fast die Hälfte der Teilnehmenden eine Verschlechterung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den vergangenen fünf Jahren wahr. Im Asylbereich wird zudem ein hoher politischer Handlungsbedarf gesehen.

Das Vertrauen in die Zuger Polizei ist hoch. Deutlich geringer fällt das Vertrauen in die Zuger Behörden bei der Bewältigung von Herausforderungen im Asylbereich aus. Bei den politischen Prioritäten steht der Wohnraum klar an erster Stelle, gefolgt vom Asylwesen und der öffentlichen Sicherheit. Die Ergebnisse zeigen damit, dass Sicherheit und Lebensqualität von den Teilnehmenden nicht nur mit Kriminalität, sondern auch mit Wohnraum, gesellschaftlichem Zusammenleben und den allgemeinen Lebensbedingungen im Kanton verbunden werden.

Auch die Befragung selbst wurde unterschiedlich beurteilt. Neben positiven Rückmeldungen kritisierte ein Teil der Teilnehmenden insbesondere die Gewichtung von Asyl und Migration als einseitig, suggestiv oder tendenziös. Diese Rückmeldungen gehören ebenso zu den Ergebnissen wie die inhaltlichen Antworten.

Der Zuger Sicherheitsmonitor ist eine offene und nicht repräsentative Befragung. Die Ergebnisse beschreiben die Wahrnehmungen und Anliegen der 409 Teilnehmenden mit Wohnsitz im Kanton Zug und lassen sich nicht auf die gesamte Bevölkerung des Kantons hochrechnen.

14. Ausblick

Der Zuger Sicherheitsmonitor 2026 bildet als erste Durchführung einen Ausgangspunkt für künftige Erhebungen und weiterführende Auswertungen.

Für weitere Durchführungen soll zwischen stabilen Kernfragen und möglichen Jahresschwerpunkten unterschieden werden. Die Kernfragen sollen möglichst unverändert bleiben, damit Entwicklungen über die Zeit vergleichbar werden. Gleichzeitig können die Erfahrungen und Rückmeldungen aus der ersten Durchführung genutzt werden, um einzelne Antwortmöglichkeiten, Formulierungen und zusätzliche Themenbereiche zu prüfen.

Weiterführende Auswertungen der Daten von 2026, etwa nach Alter, Geschlecht, Wohngemeinde oder weiteren Merkmalen, können separat veröffentlicht werden, sofern die jeweiligen Fallzahlen eine sinnvolle Interpretation zulassen.

Der nächste Zuger Sicherheitsmonitor soll 2027 durchgeführt werden. Ziel ist es, die Vergleichbarkeit mit 2026 zu erhalten und zugleich die Erfahrungen aus der ersten Durchführung in die Weiterentwicklung einzubeziehen.

Ergänzende Unterlagen

Ergänzende Unterlage A – Stellungnahmen der Zuger Parteien

Am 7. Juli 2026 wurden alle im Zuger Kantonsrat vertretenen Parteien eingeladen, zum Zuger Sicherheitsmonitor 2026 Stellung zu nehmen. Den Parteien wurden folgende zwei Fragen gestellt:

1. *Wie ordnen Sie den Zuger Sicherheitsmonitor ein?*
2. *Welche Bedeutung messen Sie einer regelmässigen Erfassung der Wahrnehmung von Sicherheit und Lebensqualität im Kanton Zug bei?*

Eine Stellungnahme eingereicht haben Die Mitte Kanton Zug und die GLP Kanton Zug. Die SVP Kanton Zug und die FDP.Die Liberalen Kanton Zug verzichteten auf eine Stellungnahme. Von SP Kanton Zug, ALG/Grüne und CSP Kanton Zug lag zum Zeitpunkt der Publikation keine Rückmeldung vor.

Die eingegangenen Stellungnahmen werden nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben.

Die Mitte Kanton Zug

Manuela Käch, Kantonsrätin und Präsidentin Die Mitte Kanton Zug

«Sicherheit ist für die Mitte Kanton Zug ein zentrales Anliegen. Und das nicht erst seit heute. Unsere Bevölkerungsbefragung Ende letzten Jahres hat gezeigt, dass dieses Thema die Menschen im Kanton Zug beschäftigt. Die Ergebnisse haben wir am Dreikönigsgespräch präsentiert, veröffentlicht und bereits in zwei parlamentarische Vorstösse überführt. Auch unser Fraktionsseminar im Mai stand ganz im Zeichen der Sicherheit. Unser Anspruch ist klar: zuhören, handeln und für ein sicheres Zug eintreten.»

GLP Kanton Zug

Tabea Estermann, Kantonsrätin und Präsidentin GLP Kanton Zug

1. *Wie ordnen Sie den Zuger Sicherheitsmonitor ein?*

«Als GLP begrüssen wir sachliche Beiträge zur politischen Debatte. Ein Monitoring ist jedoch nur mit repräsentativen Stichproben und politischer Unabhängigkeit – etwa durch Forschungsinstitute wie gfs – wirklich aussagekräftig.

Verlässliche Daten liefert zudem bereits der Kanton mit der jährlichen Polizeistatistik und dem offiziellen Sicherheitsbericht. Die Ergebnisse des neuen, von einem Kantonsratskandidaten der Mitte Baar initiierten Monitors werden wir sachlich prüfen, sobald sie vorliegen.»

2. *Welche Bedeutung messen Sie einer regelmässigen Erfassung der Wahrnehmung von Sicherheit und Lebensqualität im Kanton Zug bei?*

«Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist wichtig. Eine belastbare Umfrage kann auch dazu beitragen, Fakten statt Populismus in den Vordergrund zu rücken.»

Ergänzende Unterlage B – Vollständige redigierte Freitextantworten

Separate Excel-Datei, verfügbar unter ivanabramovic.ch/sicherheitsmonitor.